

**Sonderthema:**  
**Novemberrevolution 1918**  
 Was uns die Ereignisse heute bedeuten

**TRIUMPH DER MITTE**

Bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 siegt die Weimarer Koalition **SEITE 7**

**DURCHBRUCH DER DEMOKRATIE**

Der Historiker Andreas Wirsching im Interview zur Revolution 1918 **SEITE 9**

# Das Parlament

Berlin, Montag 23. Juli 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 30-31 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Gesicht des EU-Freihandels

**Cecilia Malmström** Sie hat etwas getan, was sie als oberste Verfechterin des Freihandels eigentlich ablehnt: EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström verhängte vergangene Woche mit der EU-Kommission im Stahlkonflikt mit den USA Schutzmaßnahmen für europäische Firmen. Betroffen sind 23 Produktkategorien, bei denen beim Überschreiten bestimmter Einfuhrmengen Zölle aufgeschlagen werden. „Wir haben keine andere Wahl, als Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um unsere heimische Industrie vor einem Anstieg der Einfuhren zu schützen“, sagte Malmström. Die 50-jährige Schwedin treibt zum Ausgleich gegen die Abschottungspolitik von US-Präsident Donald Trump bilaterale Freihandelsabkommen der EU voran – zuletzt wurde der Vertrag mit Japan („Jefta“) unterzeichnet. Europa ist die Leidenschaft der liberalen Politologin. 1999 bis 2006 saß sie im Europaparlament, danach war sie Europaministerin in Schweden und von 2010 bis 2014 EU-Innenkommissarin. *kru*



**ZAHLE DER WOCHE**

**129**

Milliarden Euro betrug im vergangenen Jahr das Handelsvolumen zwischen der EU und Japan, mit dem Brüssel jetzt einen Handelspakt vereinbart. Deutschland exportierte 2017 Waren im Wert von rund 19,5 Milliarden Euro nach Japan.

**ZITAT DER WOCHE**

»Ich fahre dahin heiter und gelassen.«

Jean-Claude Juncker, Chef der EU-Kommission, zu seiner Reise an diesem Mittwoch nach Washington zu US-Präsident Donald Trump, um den Handelskonflikt zu entschärfen

**IN DIESER WOCHE**

**THEMA**  
 Interview Der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering im Gespräch **Seite 2**

**Sommer 1918** Die Hoffnung auf einen Sieg der Mittelmächte schwindet **Seite 4**

**Lenins Fahrt** Berlin ermöglicht dem Umstürzler die Reise nach Russland **Seite 6**

**»Dolchstoß«** Für die Niederlage 1918 werden Sündenböcke gebraucht **Seite 10**

**Frauenrechte** 1919 dürfen auch Frauen in Deutschland erstmals wählen **Seite 11**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
 60268 Frankfurt am Main



# Die vergessene Revolution

**JUBILÄUM** Erst 100 Jahre später rücken die Ereignisse von 1918/19 wieder in ein positiveres Licht

In seinen 1936 im südfranzösischen Exil geschriebenen Erinnerungen bemerkte Theodor Wolff, der frühere Chefredakteur des Berliner Tageblatts, im Rückblick auf die deutsche Revolution von 1918/19: „Bei der Berührung mit diesem Ereignis verflüchtigt sich aus der Sprache des Chronisten gewissermaßen jedes Atom einer pathetischen Substanz.“ Am 10. November 1918 hatte derselbe Theodor Wolff in einem Leitartikel für das, was gerade in Berlin geschah, noch andere Worte gefunden: „Die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen wurde.“ Mit dem Wandel seines Urteils stand der Journalist keineswegs allein dar. Vielmehr spiegelte sich darin ein allgemeiner Prozess der Umdeutung und Verdrängung der Revolution, der schon bald nach 1919 eingesetzt hatte. In der Rückschau erschienen die Ereignisse vom November 1918 in immer dunklerem Licht. Mit dieser Revolution mochte sich kaum jemand identifizieren, nicht einmal die Sozialdemokraten, die von der politischen Rechten als „Novemberverbrecher“ verleumdet wurden. Bezeichnend war, dass sie sich nicht für den 9. November, sondern für den 11. August, den Tag der Unterzeichnung der neuen Verfassung durch Reichspräsident Friedrich Ebert, als wichtigsten Feiertag der Weimarer Republik entschieden. So wurde der November 1918 nicht zum positiven Gründungsmythos der ersten deutschen Demokratie. Und in ihrer Schlussphase, vollends nach ihrem endgültigen Scheitern 1933, verstärkten sich die Zweifel, ob das, was sich in ihrer Geburtsstunde zugetragen hatte, überhaupt den Namen einer Revolution verdiente. Nach 1945 änderte sich die Sicht grundlegend. Gleichzeitig geriet sie in den Sog des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz zwischen beiden deutschen Staaten. In der Bundesrepublik wurden die führenden Vertreter der SPD rehabilitiert. Ihnen wurde zugutegehalten, mit ihrem Kurs der scharfen Abgrenzung nach links und der engen Kooperation mit den alten Eliten des Kaiserreichs Deutschland vor „russischen Zuständen“ bewahrt zu haben. Diese Deutung brachte der Kieler Historiker Karl-Dietrich Erdmann 1955 auf die Formel: Es habe nur eine Wahl gegeben – entweder eine proletarische Diktatur nach bolschewistischem Muster oder die parlamentarische Demokratie im Bündnis mit den konservativen Kräften. Erdmanns These erlangte in der westdeutschen Geschichtsschreibung der 1950er Jahre nahezu kanonische Bedeutung. Dagegen wurde in der DDR ein Revolutionsbild gepflegt, das der SED-Parteilinie folgte. Die SPD-Führung wurde, anknüpfend an die Polemik der KPD während der Weimarer Republik, beschuldigt, 1918 eine mögliche grundlegende sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft verhindert, mithin die Revolution „verraten“ zu haben. Folgerichtig feierte die DDR selbst als „ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden“, der „das Vermächtnis der Novemberrevolution verwirklicht“ habe. In der Bundesrepublik setzte in den 1960er Jahren mit dem Ende der Adenauer-Ära und dem Beginn der Entspannungspolitik eine Revision ein. Die Konstruktion eines alternativen Entweder-Oder wurde aufgegeben zugunsten der These von einer relativen „Offenheit“ der Situation, die den verantwortlichen Politikern einen relativ großen Handlungs- und Entscheidungsspielraum geboten habe. In diesem Zusammenhang rückten die Arbeiter- und Soldatenräte in den Mittelpunkt des Interesses. Vordem als bolsche-



9. November 1918: Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann (links) ruft auf einem Balkon des Reichstags unter großer Anteilnahme der Bevölkerung (rechts) die Republik aus, nachdem Reichskanzler Max von Baden die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. verkündet hatte.



© picture-alliance/ZB/Deutsches Historisches Museum

wistische Importe verdächtigt, erschienen sie nun als Träger eines „radikaldemokratischen Potenzials“, das, wäre es aufgegriffen worden, der Republik von Weimar zu größerer Stabilität hätte verhelfen können. Scharfe Kritik richtete sich an die Adresse der SPD-Volksbeauftragten, weil sie es versäumt hätten, dieses Potenzial für eine durchgreifende Demokratisierung des Obrigkeitsstaates nutzbar zu machen. Das neue Bild der Revolution beherrschte die Forschungsdiskussion der beiden folgenden Jahrzehnte. Allerdings wurden seit den späten 1970er Jahren einige Korrekturen vorgenommen. Von einer romantischen Überhöhung der Rätebewegung, wie sie im Gefolge der Studentenrevolte von 1968 im Schwange war, rückte man ab. Eingehende regionalgeschichtliche Untersuchungen zeigten nämlich, dass die meisten Räte, jedenfalls in der ersten Phase der Revolution, weder radikaldemokratisch noch revolutionär waren, sondern sich eher als verlängerter Arm von SPD und Gewerkschaften verstanden und ihre Aufgabe vor allem in der Wahrung von „Ruhe und Ordnung“ sahen. Die Entmythologisierung der Rätebewegung ging einher mit einer deutlichen Abschwächung der Kritik an der SPD-Führung. Ihr wurde nicht mehr vorgeworfen, dass sie mit den Repräsentanten des alten Regimes zusammengearbeitet, sondern dass sie diese Zusammenarbeit über das

unbedingt notwendige Maß hinaus betrieben habe. Bei größerem Gestaltungswillen, so lautete das Urteil des Berliner Historikers Heinrich August Winkler, hätten die Sozialdemokraten mehr verändern können und weniger bewahren müssen. Mit der „friedlichen Revolution“ von 1989 und dem Untergang der DDR endete auch die geschichtspolitische Konkurrenz, welche die Auseinandersetzung über das Erbe von 1918/19 beflügelte hatte. Das Interesse an der Novemberrevolution nahm spürbar ab. Anders als die gescheiterte Revolution von 1848, deren 150. Jubiläum 1998 in Wissenschaft und Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit fand, fristete die revolutionäre Zäsur von 1918 in der Erinnerungskultur des vereinigten Deutschland nur noch ein Mauerblümchendasein. Der Rostocker Historiker Alexander Gallus sprach anlässlich des 90. Jahrestages 2008 sogar von einer „vergessenen Revolution“. Das scheint sich in diesem Jahr, in dem sich die Novemberrevolution zum 100. Mal jährt, zu ändern. In Kiel, dem Ursprungsort, erinnert eine große Ausstellung – die erste überhaupt zum Thema in der Landeshauptstadt – an den Aufstand der Matrosen. Auch in Hamburg, Wilhelmshaven und anderen Orten widmen sich Sonderausstellungen den Ereignissen. Begleitet wird das neuerwachte Interesse von wissenschaftlichen Tagungen und einer Fülle an

Publikationen. Versucht man, eine vorläufige Bilanz der vielfältigen Initiativen zu ziehen, so ergibt sich ein differenzierter Befund. Der Anfang der Republik wird nicht mehr ausschließlich aus der Perspektive ihres späteren Scheiterns betrachtet. Vielmehr wird das eigentümliche Janusgesicht der Revolution von 1918/19 deutlich. Auf der einen Seite wird deren Bedeutung für die deutsche Demokratiegeschichte hervorgehoben. Von einem „Aufstand für die Freiheit“ spricht zum Beispiel der Historiker und Journalist Joachim Käppner in seinem Buch „1918“, das er als „Beitrag zur Ehrenrettung der Revolutionäre“ versteht. Stärker als zuvor rücken dabei die Errungenschaften ins Bild: ein modernes Wahlrecht, das den Frauen erstmals das Stimmrecht gab; eine neue Verfassung, die die bürgerlichen Freiheitsrechte festhielt; fortschrittliche Sozialgesetze wie die Einführung des Achtstundentags und die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner.

**Die Gewaltexzesse erwiesen sich als schwere Hypothek für die junge Republik.**

Auf der anderen Seite werden aber auch die verpassten Chancen und Gefährdungen des demokratischen Aufbruchs von 1918 nicht verschwiegen. Als besonders gravierend gilt das Versäumnis der SPD-Volksbeauftragten, durch eine grundlegende Militärrückbildung eine republiktreue Truppe aufzubauen. Stattdessen stützten sie sich auf das alte kaiserliche Militär und neugebildete Freikorps, die im Kampf gegen die radikale Linke auch vor Massakern nicht zurückschreckten. In einem aufsehenerregenden Buch („Am Anfang war Gewalt“) hat der englische Historiker Mark Jones die Gewaltexzesse im Frühjahr 1919 beschrieben, die sich als schwere Hypothek für die junge Republik erwiesen sollten. Der Umbruch von 1918/19 war nicht „die größte aller Revolutionen“, aber doch, trotz aller Schattenseiten, ein Meilenstein in der Geschichte der deutschen Freiheitsbewegungen. Als solcher gebührt ihm endlich auch ein fester Platz im Gedächtnis unserer Republik. *Volker Ullrich*

Der Autor ist Historiker und Publizist und lebt in Hamburg.

**Mit dieser Revolution mochte sich kaum jemand identifizieren.**



Kiel, neben Wilhelmshaven Ausgangsort der Revolution, würdigt das Jubiläum mit einer großen Sonderausstellung „Die Stunde der Matrosen“ läuft noch bis 17. März 2019 im Stadt- und Schifffahrtsmuseum. © Matthias Friedemann/Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum

## EDITORIAL Ständige Bewegung

VON JÖRG BIALLAS

Demokratie fällt nicht vom Himmel. Demokratie ist überall auf der Welt das Ergebnis einer Sehnsucht nach Gerechtigkeit, daraus folgen der Proteste, mitunter blutiger Auseinandersetzungen und zahlreicher Rückschläge. Ohne mutige Querdenker, selbstlose Utopisten, die bereit sind, Leib und Leben für die Idee einer Herrschaft des Volkes einzusetzen, können demokratische Strukturen nicht durchgesetzt werden. Darum ist Demokratie nicht selbstverständlich, nirgendwo.

Auch hierzulande hat es lange gedauert, bis die Demokratie so gefestigt war, dass sie dauerhaft bestehen kann. Nach all dem Grauen, dem Blutvergießen und den politischen Turbulenzen, die Deutschland in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts der Welt zugemutet hat und selbst ertragen musste, entwickelte sich zunächst im Westen eine stabile parlamentarische Demokratie. Die weder absehbare noch selbstverständliche Wiedervereinigung des Landes vor nunmehr fast 30 Jahren war dann eine abermalige Verbeugung vor der einzig überzeugenden Staatsform.

Und doch braucht Demokratie Schutz. Schutz vor Unwissenheit, vor Leichtfertigkeit, vor bewusst provozierten Beschädigung, betrieben von Populisten, den schlimmsten Feinden lösungsorientierter politischer Ansätze. Wer die deutsche Geschichte nicht kennt, wer nicht weiß, wie schmerzhaft der Weg zu einem demokratischen Staat war, wird die damit verbundenen Errungenschaften schwerlich wertschätzen können.

Von politischer Einfältigkeit und intellektueller Unbedarftheit gekennzeichnete Phänomene wie „Pegida“ oder „Identitäre Bewegung“, aber auch manch linksextremistische Organisation setzen auf mangelndes historisches Bewusstsein als Baustein einer wirren Weltanschauung.

Dagegen hilft nur Bildung, vermittelt in Elternhäusern und Schulen. Und die Überlegung, ob unseren Kindern und Kindeskindern das Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit inzwischen möglicherweise so selbstverständlich geworden sein könnte, dass sie Gefahren für die Demokratie nicht ausreichend sensibel begegnen.

Denn: Demokratie ist ständige Bewegung, nicht Stillstand.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST UNSERE DEMOKRATIE GEFESTIGT GENUG?

Eben nicht Weimar

PRO



Eckart Lohse, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Vielleicht liegt es daran, dass es so neue, ungewohnte Gedanken sind. Wer in den 1960er- und 1970er Jahren aufwuchs – und das sind viele –, war erst 30 oder noch mehr Jahre nach der Nazidiktatur politisch sozialisiert. Demokratie, Frieden, Westbindung und Europa galt ihnen als Teil der deutschen DNA, als Selbstverständlichkeit. Deswegen erschrecken sie seit einiger Zeit. Putin scheint den Frieden in Frage zu stellen, Trump die Westbindung, der Brexit Europa. Und in Deutschland geht eine Partei deutlich rechts der Mitte mit bislang für undenkbar gehaltenen Parolen gegen das bewährte politische System und aggressiver Islamfeindlichkeit erfolgreich auf Stimmenfang. Daraus entsteht ein Wahrnehmungsgemisch, an dessen Ende die Frage auftaucht: Wird die freiheitliche Demokratie durchhalten?

Bei allem Verständnis für die Angst, dass solche höchsten Güter Schaden nehmen oder gar in Gefahr geraten könnten: Die bundesrepublikanische Demokratie ist eben nicht mit der Weimarer Republik zu vergleichen. Immerhin kann auf fast 70 Jahre demokratische Stabilität zurückgegriffen werden. Die Kriegsgefahr war während des Kalten Krieges, zumal während dessen Eskalationen, höher als heute. Die Bonner Republik hat die Herausforderung durch den RAF-Terror überstanden, den von weiteren 40 Jahren Diktatur geprägten Landesteil integriert und verkräftet sogar eine Partei, deren einer Teil in der Nachfolge der SED steht. Diese Diagnose hat natürlich keine unbegrenzte Gültigkeit. Sorglosigkeit mit dem Hinweis, dass sieben gute Jahrzehnte der Garant für die Ewigkeit seien, wäre fahrlässig. Aber ein gesunder Optimismus ist gerechtfertigt und bekommt dem Land besser als Angst und Schlechreden.

Grund für Skepsis

CONTRA



Stefan Reinecke, »die tageszeitung«, Berlin

Die Straßenbahnen kommen pünktlich. Der Bundestag arbeitet vorschriftsgemäß. Die Regierung will nicht das Verfassungsgericht oder unabhängige Medien unter ihre Fuchtel bekommen. Wir sind nicht in Polen oder Ungarn, wo die Rechtspopulisten an der Macht versuchen, das demokratische System der checks and balances zu manipulieren. Doch es gibt Gründe, die These, dass Deutschland aus schlimmer Erfahrung klug geworden und seine Demokratie auf ewig stabil ist, skeptisch zu betrachten. Wir erleben das langsame Verschwinden des Modells Volkspartei, ohne dass zu erkennen ist, was danach kommt. Wie robust unsere Demokratie in einer tiefen Wirtschaftskrise wäre, wissen wir nicht. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt unter fünf Prozent. Wie es aussähe, wenn wie in Spanien oder Italien jeder dritte junge Erwachsene arbeitslos wäre, möchte man lieber nicht wissen. Mit der AfD sitzt schließlich nicht nur eine zu Rechtsextremismus und Rassismus – zumindest in Teilen – offene Partei im Bundestag. Schlimmer ist, dass sie in kaum für möglich gehaltenem Maße den Diskurs prägt. Ein Ministerpräsident redet vom Ende des Multilateralismus und klingt wie Trump. Der Versuch, die AfD durch Übernahme rechter Parolen einzuhegen, macht nicht nur die AfD stärker. Schlimmer ist, dass der rechtspopulistische Diskurs in die Mitte einsickert und normal wird. Der bundesdeutschen Demokratie wurde schon oft das Ende prophezeit – stets voreilig. Sie hat die Notstandsgesetze, die RAF, den Rechtsextremismus nach der Wende überstanden. Doch was früher falsch war, muss es nicht bleiben. Der gefährlichste Augenblick ist immer der, an dem niemand mehr an die Gefahr glaubt.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 12. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Müntefering, haben Sie in Ihrer Zeit als Abgeordneter Besuchern ab und zu den Balkon des Reichstagsgebäudes gezeigt, auf dem Philipp Scheidemann vor 100 Jahren die Republik ausrief?

Ja, natürlich. Peter Struck und ich haben dort gemeinsam eine Plakette angebracht, die an Scheidemann erinnert – die gab es vorher dort nicht. Die ist jetzt dort, wo Scheidemann damals gesprochen hat.

Ein Sozialdemokrat rief 1918 die Republik aus, die SPD setzte die parlamentarische Demokratie durch ...

Ja. Seit ihren Anfängen 1863 war es immer die Maxime der Sozialdemokraten, dass wir eine Demokratie wollen, gestützt auf ein Parlament, dass als Legislative funktioniert und die Regierung kontrolliert, und dass Frauen und Männer frei, gleich, geheim und direkt wählen können. Beides ist erst mit der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919 durchgesetzt worden. Darum ging ja auch der Kampf damals: Soll es die Parlamentarisierung und verfasste Demokratie mit Wahlen geben oder eine Räterepublik? Die SPD hielt Wort.

Wurde die SPD damals zur »Staatspartei«, zur staatstragenden Partei?

Das war sie in Maßen vorher schon. Sie war ja im Parlament und hat Verantwortung übernommen für das Ganze; 1918 am Ende auch mitregiert. Erreicht hat sie dann, einen drohenden Bruderkrieg in Deutschland zu verhindern. Sie hat aber nicht erreicht, was sie sich eigentlich vorgenommen hatte: Sie haben die Demokratie verfasst, aber nicht die Reste der alten Macht beseitigen können. Sie hatten keine loyale Wehrmacht, keine loyale Administration. Also: Der entscheidende Ansatz war richtig, aber man blieb hinter dem eigentlich Gewünschten zurück. Das hatte auch Gründe.

Nämlich?

Das war eine schwere Zeit 1918/19: das Kriegsende, Millionen Tote, Verletzte, Vermisste, ein Land in Not und in Angst vor einem Chaos wie in Russland mit den Bolschewiki. Auch war Ende 1918 nicht bewusst, wo 1914 die Kriegsschuld lag. Karl Kautsky bekam den Auftrag zur Klärung: Es war eindeutig, Deutschland hatte den Krieg angestachelt. Reichspräsident Ebert wollte das den Deutschen offen sagen. Aber Scheidemann als Kanzler und andere unterbanden das. Das war falsch. So war im Lande die Empörung groß, als von den alliierten Siegermächten Deutschland für schuldig erklärt und gewaltige Kriegskosten auferlegt bekam. So entstand viel Unglück für die junge Demokratie.

Die Verantwortung für das Ganze, wie Sie sagten, prägt heute noch die SPD – etwa im März beim mehrheitlichen Ja zur Großen Koalition, nachdem »Jamaika« gescheitert und das Land schon ein halbes Jahr ohne richtige Regierung war?

Das ist ganz sicher so, wenngleich natürlich die Verhältnisse völlig andere sind. Ebert sagte damals zutreffend, sie seien die Konkursverwalter der Kaiserzeit. Heute sind wir eine verlässliche Demokratie und das Vertrauen in diese Demokratiefestigkeit ist ein hohes Gut – das darf man nicht gefährden.

Die Minderheit beim Mitgliederentscheid im März wollte in die Opposition, um die Partei frei von Koalitionskompromissen als »SPD pur« zu erneuern. Das hat in der SPD ja auch eine 100-jährige Tradition, hin- und hergerissen zu sein zwischen Regierungs- und Reformpartei, Pragmatismus und Programm...

Es ist immer die Frage, wo man am meisten erreicht. Da kann man sich auf Willy

»Nahe am Trauma«

FRANZ MÜNTEFERING Der Ex-SPD-Chef über Fehler der Novemberrevolution und die staatstragende Rolle seiner Partei



picture-alliance/Bernd Thissen/dpa

Brandt und andere berufen, die gemahnt haben, dass man an der Linie festhalten muss, die einem wichtig ist, weil so Vertrauen wächst. Dass die SPD vor 1918 jahrzehntelang Wahlen gefordert hatte, führte auch dazu, dass dann die große Mehrheit der Menschen bei den Mehrheits-Sozialdemokraten war, der MSPD. Parteien müssen zwei Fragen beantworten: Welche Politik ist für das Land die beste, und wie kann man die Wahl gewinnen? Die Antwort ist oft nicht die gleiche. Man kann die Menschen nur für seine Politik gewinnen, wenn man eine offene, nötigenfalls auch streitige Debatte führt und dann Kompromisse findet. Diese Entscheidung muss dann allerdings auch von allen akzeptiert werden.

2004 sagten Sie, Opposition sei Mist, das sollten andere machen, die SPD wolle regieren. Gilt das immer?

Ich habe das gesagt, als ich SPD-Vorsitzender wurde und meine Partei gerade einmal wieder Sehnsucht hatte nach Opposition. Wer als Politiker nicht den Willen hat zu regieren und lieber in der Opposition ist, weil das vielleicht harmloser ist, ist an der Stelle falsch. Dass man sich nur in der Opposition regeneriert, ist Quatsch. 1966 bis 1969 beispielsweise waren wir auch in einer Großen Koalition – mit dem Ergebnis, dass wir hinterher die Regierung Brandt hatten.

1918/19 spaltete sich die Arbeiterbewegung in blutigen Kämpfen, in denen

die SPD-Regierung mit antidemokratischen Freikorps linksradikale Umsturzversuche zur Errichtung einer Räterepublik niederschlug – ein Trauma für die politische Linke, oder trennte sich das schließlich, was nicht mehr zusammen gehörte?

Nein, das ist schon nahe dran am Trauma. Die Sozialdemokraten wollten die Wahl vom 19. Januar, damit eine Nationalversammlung entsteht, die legitimiert ist zur Schaffung der neuen Verfassung. Die USPD und die Kommunisten lehnten diese Wahl aber ab und wollten ihren Boykott. Das war eine sehr belastete Situation, die noch verschärft wurde durch den für das Militär zuständigen Volksbeauftragten Gustav Noske, SPD, und andere, die die Freikorps hinzuzogen. Es gab Militanz links und rechts, aber wenig loyale Wehrmacht. Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war eine Katastrophe. Tausende wurden Opfer. Man kann die Situation erklären, aber nicht schönreden.

Das damalige Arbeitermilieu gibt es heute nicht mehr, und die SPD hat sich längst von einer Arbeiter- zu einer Volkspartei entwickelt. Lässt sich dieser Anspruch aber noch aufrechterhalten bei Wahlergebnissen von 20 Prozent und weniger?

Das hängt nicht daran, wie groß eine Partei ist. Die SPD steht dazu: Wir sind keine Klientelpartei, sondern verantwortlich für das Ganze. Wir wollen Freiheit und Gerechtigkeit, dass es den Leuten gut geht – und zwar allen. Dazu gehören auch eine intakte Wirtschaft, Unternehmertum, Bildung und Wissenschaft. Nur wenn das Ganze funktioniert, kann die Demokratie gelingen. Deshalb können auch relativ kleine Parteien Volksparteien sein, die SPD sowieso.

Vor 100 Jahren ging es darum, die parlamentarische Demokratie zu etablieren; nach Weimar sollte die bundesdeutsche Demokratie »wehrhaft« sein. Wenn Sie sich heute umsehen, bei uns und anderswo, wo Rechtspopulisten auf dem Vormarsch sind: Müssen wir uns wieder Sorgen machen um die Demokratie?

Sorgen muss man sich machen, weil sich die Bedingungen, unter denen Demokratie stattfindet, fundamental verändern: die Industriegesellschaft, die Geschwindigkeit von Information und Kommunikation, der Wandel der politischen Willensbildung. Das fordert die Demokratie immer wieder neu heraus. Am dringendsten notwendig ist, dass der Bundestag wieder der Ort der gesellschaftspolitischen Debatte wird. Wir brauchen Grundsatzerdebatten über die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir müssen über die Perspektiven unserer Gesellschaft sprechen, denn die verändern sich fundamental – weil die ganze Welt sich fundamental verändert. Man darf sich diese Debatte nicht ersparen wollen aus Angst vor möglichen Reaktionen bei den Menschen. Die Aufklärung ist der wichtigste Verbündete der Demokratie.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg. ▯

Franz Müntefering (78) war 2004/05 und 2008/09 SPD-Vorsitzender. Im Bundestag, dem er mit einer Unterbrechung von 1975 bis 2013 angehörte, stand er von 2002 bis 2005 an der Spitze seiner Fraktion. 1998/99 Bundesverkehrs- und Bauminister, war er 2005 bis 2007 als Minister für Arbeit und Soziales zugleich Vizekanzler.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Traditionsbewusste: Sagra Wagenknecht

Eine »verpasste«, eine »bewusst verspielte Gelegenheit«. Sagra Wagenknecht betont das Wort »bewusst«. Mit gemachten Gefühlen blickt die Co-Chefin der Linksfraktion auf die Novemberrevolution 1918, bei der nach ihrem Urteil die Chance einer »progressiven Umgestaltung« nicht ergriffen wurde, und zu deren Hinterlassenschaft die tiefe Spaltung der Arbeiterbewegung in verfeindete Parteien zählte. Dass für beides die damalige Mehrheits-SPD, die Partei Friedrich Eberts und Philipp Scheidemanns, das Hauptmaß an Verantwortung trug, steht für Wagenknecht außer Frage. Von »Versagen« spricht sie, mit Blick auf die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auch von »Verbrechen«.

Gewiss, der November 1918 habe den Sturz der Monarchie und »zum ersten Mal auf deutschem Boden allgemeine freie Wahlen« gebracht. Andererseits seien die Machtverhältnisse des Kaiserreichs konserviert worden mit der Folge, dass der Weimarer Demokratie eine kurze Lebensdauer beschieden war. Sozialdemokraten hätten den damaligen Umbruch nutzen können, um gerechte Eigentumsverhältnisse zu schaffen. Sie seien schließlich in der Arbeiterschaft breiter verankert gewesen als USPD und Spartakusbund, die radikale Linke. Statt dessen habe die SPD falsch gespielt und Hoffnungen getäuscht. Sie sei ohnehin in Teilen der fortschrittlichen Gesellschaft bereits seit August 1914 isoliert gewesen durch ihre »Kriegsbefürwortung«. Den Eindruck, den die blutigen Exzesse der bolschewistischen Herrschaft in Russland auf die damaligen Zeitgenossen mach-

ten, möchte Wagenknecht nicht überbewertet sehen. Dass in Deutschland im Spätherbst 1918 politisch Verantwortung tragende Sozialdemokraten sich auf dieses abschreckende Beispiel beriefen und mit der Notwendigkeit, Masseneleid und Chaos zu vermeiden, die Zusammenarbeit mit den etablierten Mächten begründeten, hält sie für einen Vorwand. Schließlich hätten die führenden Köpfe der radikalen Linken selbst damals deutlich gemacht, dass sie das bolschewistische



picture-alliance

»Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden mit Billigung damals verantwortlicher Sozialdemokraten ermordet.«

Modell für Deutschland ablehnten. Rosa Luxemburg habe sich von den »undemokratischen Elementen« in der russischen Entwicklung distanziert und sich auch gegen den bewaffneten Aufstand des Spartakusbundes Anfang Januar 1919 ausgesprochen. Sie und Liebknecht seien dennoch von Regierungstruppen ermordet worden, wohl nicht »im Auftrag«, gewiss aber »mit Billigung« damals verantwortlicher Sozialdemokraten.

Die DDR, in der Wagenknecht aufgewachsen ist, hat das Revolutionsgedenken mit Mahnmalen und Ritualen gepflegt. Die jährliche Wallfahrt zu den Gräbern Liebknechts und Luxemburgs zu deren Todestag, dem 15. Januar, war in ihrer Erinnerung eine der wenigen offiziellen Staatskundgebungen, wo viele freiwillig hingingen, sogar aus tiefem Herzen. Deswegen habe sich die Tradition auch bis heute gehalten. Die Menschen seien nicht gekommen, um Erich Honecker zuzuwinken, sondern aus Respekt für die beiden Toten.

Das Schicksal Liebknechts und Luxemburgs hat Sozialdemokraten und Kommunisten lange entzweit – für Wagenknecht mittlerweile ferne Vergangenheit. Was heute zwischen der Linken und der SPD stehe, sei vielmehr die Erfahrung, dass Sozialdemokraten immer wieder Bündnisse mit Kräften geschlossen haben, die den Interessen ihrer Anhänger zuwiderhandeln. In Wagenknechts Augen quasi eine Konstante von Ebert bis Schröder. Dabei sieht sie das linke Lager keineswegs als zur Spaltung verdammt. Es gebe Beispiele erfolgreicher linker Einheit. Die britische Labour Party unter Jeremy Corbyn oder Podemos in Spanien. Auch in der Bundesrepublik habe jahrzehntelang mit der SPD eine einheitliche linke Kraft bestanden, bis sie unter Gerhard Schröder »ihre ganze Programmatik verleugnet« habe. Seit einiger Zeit wirbt Wagenknecht selber für ein neues gemeinsames Projekt, das im September an den Start gehen soll, eine »Sammlungsbewegung« für progressiv Bewegte aus SPD, Grünen und der eigenen Partei.

Winfried Dolderer ▯

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Kristina Pezei (pez)  
Sören Christian Reimer (scr)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stphan Roters

Redaktionsschluss  
20. Juli 2018

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Frankfurterstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

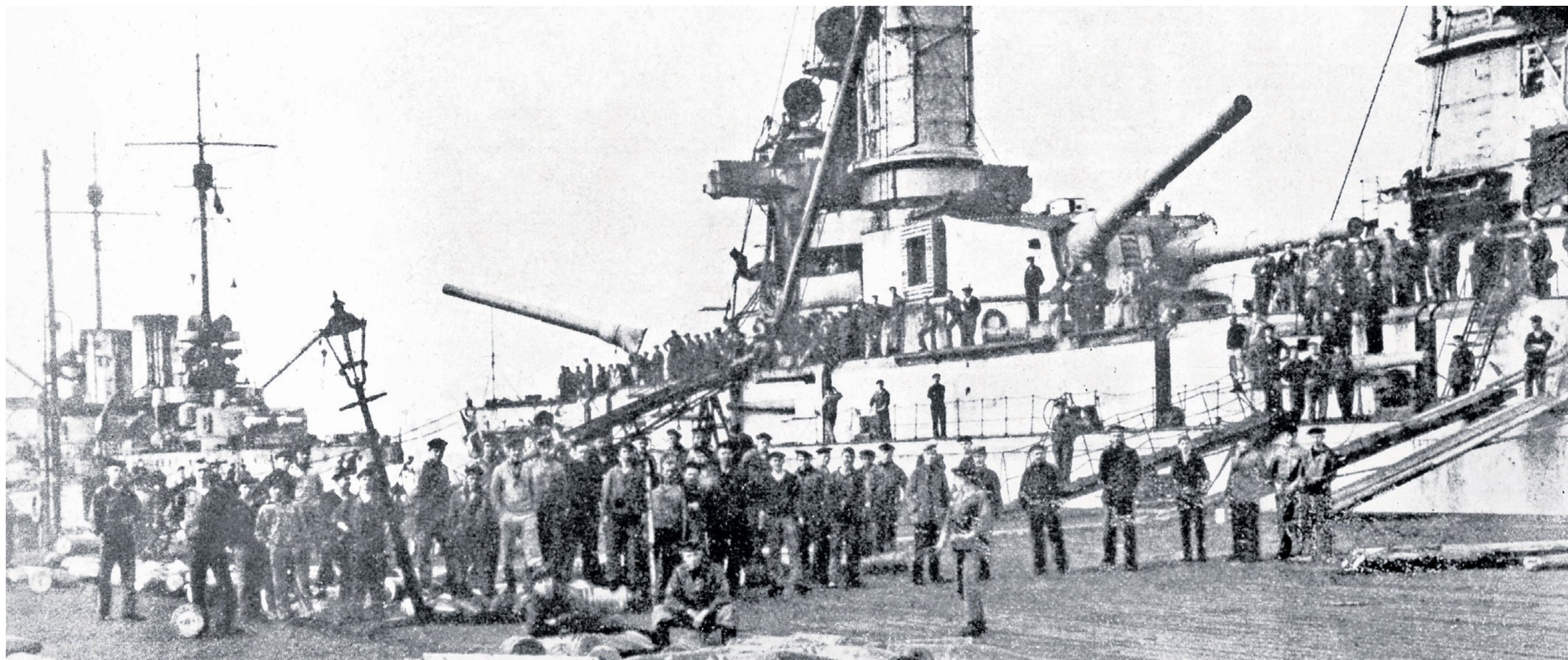
Leserservice/Abonnement  
FAZIT Communication GmbH  
c/o Intime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Detsenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail:  
[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

Anzeigenverkauf,  
Anzeigenverwaltung,  
Disposition  
FAZIT Communication GmbH  
c/o Intime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Detsenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: [fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de](mailto:fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de)

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

»Das Parlament« ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitung »Das Parlament« wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Revolutionäre Matrosen entladen im November 1918 in Wilhelmshaven Munition von den Großkampfschiffen der Kaiserlichen Marine.

© picture-alliance/ullstein bild

# »Dann fahr mal alleine los«

**AUFSTAND** Im Oktober 1918 meutern Matrosen der Kaiserlichen Marine und leiten die Revolution ein

Es ist eine bizarre Situation: Auf der Reede vor Wilhelmshaven wird auf den Torpedobooten „B 97“ und „B 137“ der Kaiserlichen Marine der Z-Ständer gesetzt und somit Feuerbereitschaft signalisiert. Die geladenen Torpedorohre sind allerdings nicht auf feindliche Kriegsschiffe ausgerichtet, sondern auf „Seiner Majestät Schiff Thüringen“, einem 167 Meter langen Großkampfschiff des I. Geschwaders der deutschen Hochseeflotte. Am 31. Oktober 1918, nur wenige Tage vor Ende des Ersten Weltkriegs, bahnt sich ausgerechnet in der von Kaiser Wilhelm II. so geliebten Kriegsmarine eine Entwicklung an, an deren Ende der Monarch abdanken muss. Auf der „Thüringen“ wie auch auf vielen anderen Kriegsschiffen meutern die einfachen Matrosen – gegen ihre direkten Vorgesetzten und einen militärisch unsinnigen und politisch katastrophalen Befehl der Seekriegsleitung (SKL) vom 24. Oktober. Die kaiserlichen Admirale, allen voran Reinhard Scheer, Adolf von Trotha und Magnus von Levetzow wollen die Hochseeflotte zu einer letzten Entscheidungsschlacht gegen die britische Royal Navy auslaufen lassen. Und scheinen nun gewillt, diesen Befehl unter Androhung von Gewalt durchzusetzen.

**Frage der Ehre** Abgesprochen ist der „Operationsbefehl Nr. 19“ mit General Erich Ludendorff in der Obersten Heeresleitung (OHL), nicht aber mit der Reichsregierung unter Kanzler Max von Baden. Der hatte die Marineführung explizit aufgefordert, alles zu unterlassen, was die Waffenstillstandsverhandlungen mit den Westmächten stören könnte. Und Kaiser Wilhelm II. hatte im Zuge der Oktoberreformen (siehe Seite 4) die klare Order erlassen: „Der Obermilitärbefehlshaber trifft alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder dem von diesem bestellten

Vertreter.“ So sind es eigentlich nicht die Matrosen der Kaiserlichen Marine, die meutern, sondern die Admirale und das Offizierskorps. In der SKL ist man sich absolut bewusst, dass die geplante Aktion so gut wie keine Chance auf Erfolg hat, sie sei in erster Linie eine „Ehren- und Existenzfrage der Marine“.

„Wir verfeuern unsere letzten 2.000 Schuss und wollen mit wehender Flagge untergehen“, hatte Kapitän zur See Karl Windmüller seiner Mannschaft am 29. Oktober zugerufen. Doch den Matrosen steht im vierten Kriegsjahr nicht mehr der Sinn nach sinnlosen Heldentaten. „Dann fahr mal alleine los!“, schallt es dem Kommandanten der „Thüringen“ entgegen. „Greift der Engländer an, so stehen wir unseren Mann. Aber wir selbst greifen nicht an. Weiter als bis Helgoland fahren wir nicht“, lassen die Meuterer ihre Vorgesetzten in einer Erklärung wissen.

Auf vielen Schiffen der drei Flottengeschwader, die am 30. Oktober unter dem Befehl von Admiral Franz von Hipper auslaufen sollen, spielen sich ähnliche Szenen ab. Heizer löschen die Feuer in den Kesseln, Matrosen verweigern die Befehle ihrer Vorgesetzten oder schließen sich unter Deck in den Mannschaftsunterkünften selbst ein. Hipper lässt zunächst das Auslaufen um 24 Stunden verschieben, dann überlegt er, nur die U-Boote und „zuverlässigen“ Großkampfschiffe in den Kampf zu schicken, schließlich ordnet er an, die Meuterer auf der „Thüringen“ und der neben ihr liegenden „Helgoland“ verhaften zu lassen. Angesichts der drohenden Torpedierung geben die meuternden Matrosen auf den Schiffen auf, 400 Seeleute werden verhaftet. Um ein weiteres Ausweiten der Unruhen in der Flotte zu vermeiden, wird

sie getrennt. Am 1. November wird das besonders renitente III. Geschwader mit rund 200 verhafteten Seeleuten nach Kiel verlegt, auf der Fahrt werden weitere Matrosen inhaftiert. Diese Entscheidung wird zum Brandbeschleuniger für Revolution.

Die Gründe für die Meuterei der Matrosen sind nicht allein in der Entscheidung der Marineführung für eine letzte „Todesfahrt“ der Flotte zu suchen, sondern auch in der inneren Struktur der Marine. „Der Vorgesetzte“, so heißt es in einem Ausbildungsleitfaden von 1914 für Offiziersanwärter, müsse seinem Untergebenen „Vertrauen einflößen“. Erst das „gegenseitige Vertrauen von Offizieren und Mannschaften gibt einer Besatzung die feste, frohe Überzeugung, alles leisten zu können“. Doch vier Jahre nach Kriegsausbruch ist das Vertrauen zwischen Offizieren und Mannschaften zerrüttet.

Die Hoffnung vieler Deutscher, der Krieg würde die Klassenunterschiede im wilhelminischen Kaiserreich ebnen, hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: In der Marine treten sie stärker zutage als zuvor.

**Hungerwinter** Das Offizierskorps, das sich vor allem aus dem Adel und dem Bürgertum rekrutiert, pflegt nach wie vor seine Ständedünkel und Privilegien – nur dass dies auf dem beengten Raum der Kriegsschiffe den einfachen Matrosen besonders bitter aufstößt. So lassen es viele Seeoffiziere selbst während des sogenannten Steckerübungsmanövers 1916/17, der durch Missern und die britische Seeblockade ausgelöst wurde, gut gehen. „Wir an Bord essen immer noch hervorragend“, notiert Kapitänleutnant Knobloch im Januar 1917 auf dem Kreuzer „Danzig“ vergnügt in seinem Tagebuch. „Wir haben Kartoffeln vollauf, Erbsen, Bohnen und anderes Ge-

müse, Fleisch, Butter Brot.“ Möglich war dies, weil die Offiziere, die ihre Speisen und Getränke in den Offiziersmessens selbst zahlen mussten, über ein gutes Gehalt verfügten und den Speiseplan mit Einkäufen auf dem Schwarzmarkt verbesserten. Bereits im Sommer 1915 hält der Matrose Richard Stumpf an Bord der „Helgoland“ in seinem Tagebuch fest, dass die Kluft zwischen Offizierskorps und Mannschaften noch nie so groß gewesen sei, wie im Krieg. „Während wir uns mit halber Brotration begnügen müssen, finden in der Messe Ess- und Trinkgelage statt, bei welchen 6-7 Gänge aufgetischt werden. Im Frieden sagte man dazu nichts, paßt das aber für die jetzige tiefere Zeit?“

Vor allem auf den Großkampfschiffen machen sich die Klassenunterschiede besonders stark bemerkbar. Bilden auf U-Booten und kleineren Schiffen Mannschaft und Offiziere mitunter eingeschlossene Einheiten, wahren die höheren Dienstgrade auf einem Schlachtschiff weitestgehend Distanz zum einfachen Matrosen. Der Tonfall der Offiziere ist nicht nur militärisch hart, sondern oftmals beleidigend und arrogant. In der deutschen Flotte insgesamt ist die Stimmung schlecht. Nach der Skagerrakschlacht im Sommer 1916 liegen die Großkampfschiffe zur Tatenlosigkeit verdammt in den Häfen. Trotz höherer britischer Verluste hat die größte Seeschlacht der Weltgeschichte nichts am Kräfteverhältnis ändern können. Die britische Flotte hält die Seeblockade aufrecht und die kaiserliche Flotte bleibt in der Deutschen Bucht wie in einem Gefängnis eingekerkert, wie es eine amerikanische Zeitung treffend beschreibt. Tausende Seeleute sind auf den stählernen und unwohnlichen Großkampfschiffen zusammengepfercht – zwischen monotonem Dienst und Langeweile. Bei Landgang kommen sie in den Hafenstädten in Kontakt mit den Werftarbeitern, die sich angesichts der unzureichenden Lebensmittelversorgung zunehmend radikalisieren. Im nach Erfolgen trachtenden Offizierskorps wiederum macht sich wegen der Untätigkeit der Hochseeflotte Frustration breit.

In Folge der Skagerrakschlacht und der weiterhin bestehenden deutschen Unterlegenheit bei den Großkampfschiffen nimmt die SKL Anfang 1917 erneut den uneingeschränkten U-Boot-Krieg auf. Dies führt vermehrt zu Personalwechseln, die die angespannte Stimmung weiter verschlechtert. Erfahrene Offiziere werden zu den U-Booten abkommandiert, ihre Posten auf den Kampfschiffen übernehmen junge und im Umgang mit den Mannschaftsdiensgraden unerfahrene Offiziere.

Im Sommer 1917 führt die schlechte Stimmung unter den Matrosen schließlich zu ersten Unruhen. Als am 2. August 600 Mann die „Prinz Luitpold“ verlassen und nach Rüsterei marschieren, wo der Heizer Albin Köbis eine flammende Rede gegen den Krieg hält, greift das Flottenkommando hart durch und eröffnet Kriegsverfahren wegen Landesverrats, die mit fünf Todesurteilen enden. Admiral Scheer mildert als damaliger Flottenchef zwar drei der Urteile in hohe Zuchthausstrafen ab, aber Köbis und der Matrose Max Reichpietsch werden am 5. September erschossen. Dies löst unter den Mannschaften zusätzliche Verbitterung aus und kann die Disziplin allenfalls kurzzeitig wieder herstellen. Trotzdem zeigt sich Scheer in seinem Bericht an den Kaiser überzeugt davon, dass die Besatzungen der Schiffe wieder „fest in der Hand ihrer Vorgesetzten“ seien. Eine fatale Fehleinschätzung, wie die Ereignisse ein Jahr später in Wilhelmshaven und Kiel zeigen.

Als das III. Flottengeschwader in den frühen Morgenstunden des 1. Novembers 1918 in der Kieler Förde vor Anker geht, ist die Bühne für die Revolution bereit. Kiel, der größte Flottenstützpunkt des Deutschen Reichs, quillt über von Soldaten und Arbeitern – und Unzufriedenheit. Bereits

am Abend kommt es zwischen Matrosen des III. Geschwaders und ihren Kieler Kameraden sowie Arbeitern zur Verbrüderung. Es werden Protestversammlungen und die Befreiung der inhaftierten Matrosen geplant. Als zwei Tage später eine Militärpatrouille direkt in einen Demonstrationsszug feuert und acht Menschen tötet und 29 verwundet, eskaliert die Situation. Die aufgebracht Matrosen bilden Soldatenräte und übernehmen in den folgenden Tagen Stück für Stück die Kontrolle in der Stadt. Über den Kriegsschiffen steigen rote Fahnen auf – die Offiziere haben endgültig die Kontrolle verloren. Dem von der Reichsregierung zur Beruhigung der Lage entsandte SPD-Reichstagsabgeordnete Gustav Noske gelingt es schließlich am 7. November, mit Hilfe der Soldatenräte als neuer Gouverneur die Befehlsgewalt in Kiel zu übernehmen. Die revolutionären Unruhen haben sich inzwischen auch auf Berlin und andere Städte ausgeweitet. Zwei Tage später dankt Kaiser Wilhelm II. ab und in Berlin wird die Republik ausgerufen. Resigniert aber treffend beschreibt Korvettenkapitän Ernst von Weizsäcker, Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, in den ersten Novembertagen 1918 in seinem Tagebuch die Bedeutung der Kaiserlichen Marine für die Revolution: „Diese Marine! Entsprungen dem Weltmächtedünkel, verdirbt unsere auswärtige Politik 20 Jahre lang, hält ihre Versprechungen im Kriege nicht und entfacht nun den Umsturz!“

Alexander Weinlein II

**»Wir selbst greifen nicht an. Weiter als bis Helgoland fahren wir nicht.«**

Meuternde Matrosen auf der „Thüringen“

**»Soldaten, schießt nicht auf Arbeiter! Arbeiter, lasst die Soldaten nicht im Stich!«**

Text eines Flugblatts aus Kiel im November 1918

## Karl Artelt

Seine letzten Jahre bis zu seinem Tod 1981 verbrachte Karl Artelt im Seniorenheim „Clara Zetkin“ in Halle/Saale. Damit hatte sich der Kreis seines politischen Lebens auch namentlich geschlossen. Schon während seiner Ausbildung zum Maschinenschlosser bringt dem 1890 in Salpke bei Magdeburg geborenen Arbeiterkind der spätere Dichter Erich Weinert das „Einmaleins des Marxismus“ bei. Als 18-Jähriger tritt Artelt der SPD bei, wechselte später zur USPD, gehörte 1919 zu den Gründungsmitgliedern der KPD in Magdeburg und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg SED-Mitglied in



der DDR. Nach seiner Ausbildung arbeitet er als Heizer auf Handelsschiffen, seinen Militärdienst leistet er beim Ostasiengeschwader ab. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird er erneut zur Marine in Kiel eingezogen, an die Germaniawerft ab-

kommandiert und nach seiner Teilnahme an Streiks im März 1917 zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Nach Haft und Dienst in einer Strafkompagnie in Flandern wird Artelt erneut nach Kiel versetzt. Zusammen mit dem Kieler USPD-Politiker Lothar Popp führt Artelt im November 1918 schließlich den Kieler Matrosenaufstand an und gründet den ersten Soldatenrat. Als dessen Repräsentant nimmt er an den Verhandlungen mit Gouverneur Wilhelm Souchon teil und sorgt durch seinen persönlichen Einsatz dafür, dass sich Truppen, die zur Niederschlagung des Aufstandes entsendet werden, sich den Revolutionären anschließen. Von Dezember bis Anfang Januar 1919 leitet er schließlich als Vorsitzender den Obersten Soldatenrat.

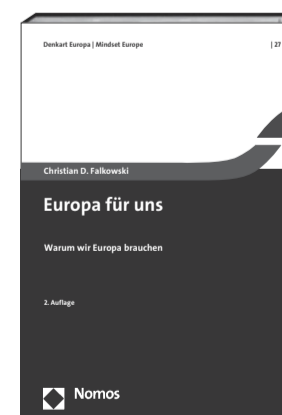
aw II

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

## Europa geht uns alle an.



### Europa für uns

Warum wir Europa brauchen

Von Christian D. Falkowski

2., aktualisierte Auflage 2018, 287 S.,

broch., 39,- €

ISBN 978-3-8487-4925-6

eISBN 978-3-8452-9138-3

(Denkart Europa | Mindset Europe, Bd. 14)

nomos-shop.de/37787

„Warum wir Europa brauchen“ ist aktueller denn je, nämlich zur langfristigen Sicherung unserer Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand durch eine umfassende europäische politische Integration mit liberalen Werten und Normen, offenen Gesellschaften statt nationaler Egoismen. Europa geht uns alle an!

Nomos eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: [www.nomos-elibrary.de](http://www.nomos-elibrary.de)

Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

CHRONIK

**8.8.1918** „Schwarzer Tag des deutschen Heeres“: An der Westfront fügen alliierte Truppen in der Schlacht bei Amiens den Deutschen schwere Verluste zu.

**14.9.** Kaiser Karl I. von Österreich sendet an alle alliierten und neutralen Länder eine Friedensnote.

**29.9.** Die Oberste Heeresleitung (OHL) erklärt überraschend gegenüber Kaiser Wilhelm II. den Krieg für verloren. Generalquartiermeister Erich Ludendorff fordert Waffenstillstandsverhandlungen und dringt darauf, die Regierung auf eine parlamentarische Basis zu stellen.



**30.9.** Wilhelm II. kündigt an, in Deutschland ein parlamentarisches System einzuführen. Reichskanzler Georg von Hertling tritt zurück. Die Seekriegsleitung zieht die deutsche Hochseeflotte in Wilhelmshaven zusammen.

Wilhelm II.

Bulgarien kapituliert.

**3.10.** Neuer Reichskanzler wird Prinz Max von Baden. In sein Kabinett treten mit Philipp Scheidemann und Gustav Bauer (am 4.10.) auch zwei Vertreter der Mehrheits-SPD (MSPD) ein.

**4.10.** Max von Baden ersucht US-Präsident Woodrow Wilson in einer öffentlichen Note um Friedensverhandlungen.

**23.10.** Wilson fordert die Entmachtung Wilhelm II., die Entwaffnung des Deutschen Reiches, die Rückgabe von Elsass-Lothringen an Frankreich und die Aufhebung des Friedens von Brest-Litovsk.

**24.10.** Die deutsche Marineführung gibt Befehl zum Auslaufen der Hochseeflotte. Ungarn erklärt sich für unabhängig.

**26.10.** Der Reichstag verabschiedet das „Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung“, das am 28. Oktober in Kraft tritt. Ludendorff wird entlassen; ihm folgt General Wilhelm Groener nach.

**27.10.** Auf mehreren Schiffen der Hochseeflotte kommt es zu ersten Befehlsverweigerungen.

**28.10.** Scheidemann fordert den Thronverzicht Wilhelm II., der Berlin verlässt und in das Hauptquartier im belgischen Spa fährt. Ausrufung der Tschechoslowakei.

**29.10.** Der Chef der Hochseeflotte, Admiral Franz von Hipper, suspendiert den Befehl zum Auslaufen der Flotte am 30. Oktober, nachdem Matrosen des 1. und 3. Geschwaders die Kesselfeuer stillgelegt hatten.

**30.10.** Das Osmanische Reich kapituliert.

**31.10.** Nachdem vor Wilhelmshaven Torpedoboote ihre Geschütze auf die Schlachtschiffe „Thüringen“ und „Helgoland“ gerichtet haben, lassen sich deren meuternde Matrosen verhaften. Während der Rückkehr des Geschwaders nach Kiel werden weitere Matrosen verhaftet. In Wien übernimmt die erste deutschösterreichische Regierung unter Karl Renner (SPD) die politische Gewalt.

**3.11.** Österreich-Ungarn kapituliert. In Kiel werden bei einer Demonstration sieben Matrosen erschossen.

**4.11.** In der Stadt werden Soldatenräte gebildet; Kiel ist in der Hand der Aufständischen.

**5.11.** Alle Kriegsschiffe haben die rote Fahne gehisst. In Brunsbüttelkoog und Lübeck entstehen Arbeiter- und Soldatenräte.



Revolutionäre Matrosen in Hamburg 1918

**6.11.** In Wilhelmshaven, Cuxhaven, Bremen, Hamburg, Rendsburg und Flensburg übernehmen Arbeiter- und Soldatenräte die politische Gewalt; in ganz Deutschland folgen in den folgenden Tagen eine Vielzahl weiterer Städte. (Weiter Seite 6) ||



In einer Schlange vor einem Lebensmittelgeschäft erleidet eine alte Frau einen Schwächeanfall. Aufgenommen wurde die Szene 1917/18 in Berlin.

© picture-alliance/ullstein bild

# Schlechte Stimmung

**KRIEGSZEITEN** Im Sommer 1918 schwand in der Bevölkerung die Hoffnung auf einen Sieg

**S**timmungen sind volatil: Sie können ansatzlos und binnen kurzem vollkommen drehen. Noch im Frühjahr 1918 hatte in der Reichshauptstadt Berlin wie fast überall im Deutschen Reich Zuversicht vorgeherrscht. Das zaristische Russland war geschlagen, im Westen stießen die Truppen des Kaisers in ihrer Frühjahrsoffensive weiter vor als je in diesem Krieg seit Herbst 1914. An den alltäglichen Einschränkungen hatte sich jedoch nichts geändert, im Gegenteil: Die Versorgungslage hatte sich noch einmal verschlechtert, die Lebensmittelrationen waren erneut gekürzt worden. Gleichzeitig betrug die Pflichtarbeitszeit der meisten im Reich Lebenden Erwachsenen, Männer wie Frauen, zwölf Stunden pro Tag, manchmal mehr; Freizeit oder Erholung gab es nicht mehr. Allerdings auch keine Kritik an den Zuständen, denn die Regeln des Belagerungszustandes schränkten jede öffentliche Äußerung stark ein, und die Zeitungen wurden nach wie vor zensuriert.

**Noch im Frühjahr 1918 herrschte fast überall im Deutschen Reich Zuversicht.**

Parallel zu Kühlmanns erzwungenem Rücktritt kippte die optimistische Stimmung. Denn in der Heimat sickerte durch Feldpostbriefe, Fronturlauber und Verwundete in den Lazaretten die Erkenntnis ins Bewusstsein, dass die Frühjahrsoffensive endgültig gescheitert war. Hinzu kam: Vierterlerts in Deutschland tauchten plötzlich junge Männer auf, in seit Jahren nicht mehr gesehener Zahl – Deserteure, die bei Transporten von der Ost- an die Westfront oder von Lazaretten zurück an die Front

einfach aus den Zügen gestiegen waren. Die Disziplin, auf die sich das deutsche Heer so viel eingebildet hatte, löste sich auf. Der Generalstabsoffizier Albrecht von Thaer notierte, wie er die Auswirkung auf die meisten Deutschen empfand: „Sie hatten zu sehr darauf gehofft, dass dieser große Schlag den Krieg im März beenden würde. Man hatte daraufhin noch einmal alle Energie zusammengerissen. Nun ist die Enttäuschung da, und sie ist groß.“ Zugleich zeichnete sich ab, dass die kommende Ernte erneut miserabel ausfallen würde; umgehend stiegen auf dem Schwarzmarkt die Preise stark. In München demonstrierten daraufhin verzweifelte Frauen dreimal nacheinander auf dem Marienplatz; die Polizei traute sich nicht einzuschreiten, obwohl solche Kundgebungen selbstverständlich verboten waren. Ebenfalls im Juli 1918 wälzte die Verlegergattin Charlotte Herder in Freiburg depressive Gedanken: „Wer weiß, was im nächsten Jahr aus uns geworden ist? Dass wir rettungslos dem Abgrund entgegengetrieben, das kann sich niemand mehr verhehlen. Wir können nicht mehr weiter.“ Verschärft wurde die Lage durch die rapide Ausbreitung einer hochansteckenden Infektion. Die „Spanische Grippe“ befahl im Sommer 1918 vor allem junge, kräftige Menschen und kostete jeden vierten Er-

krankten das Leben. Der Münchner Historiker Karl Alexander von Müller erinnerte sich: „In den großen Industriebetrieben waren bis zu einem Drittel der Belegschaften ausgeschaltet.“ Düstere Notierte er selbst infiziert: „Der erste apokalyptische Reiter – wer weiß, ob nicht die anderen im fahlen Abendrot ihre Rosse zäumen?“ Anfang August 1918 zerbröselte dann die deutsche Front in Belgien und Nordostfrankreich geradezu, als französische, britische und frische US-Truppen zu mehreren Großoffensiven ansetzten. Scharenweise verließen deutsche Soldaten ihre Stellungen und schlugen sich nach Hause durch. „Die Zeiten werden betrüblich interessant“, merkte der Münchner Gymnasiallehrer Josef Hofmiller am 19. August 1918 an: „Keiner glaubt mehr, dass wir den Krieg gewinnen. Alle wissen, dass wir ihn verloren haben, und doch rückt keiner mit der Sprache heraus. Wir sind gereizt, sogar, wenn der andere dieselbe Meinung äußert, die wir im Stillen selbst hegen; als wären wir abergläubisch, dass sie nicht ausgesprochen werden dürfe.“ Die radikale Linke sah in der gekippten Stimmung ihre Chance. Die USPD und die klandestinen in vielen Betrieben aktiven Revolutionären Obleute machten Stimmung für einen baldigen Generalstreik vor allem

in Rüstungsbetrieben. Berlins Polizei warnte, im Spätherbst und Winter 1918 sei mit „Arbeitseinstellungen und Unruhen für einen Frieden um jeden Preis“ zu rechnen. Doch noch fehlte der Anstoß, der die Einsicht in die hoffnungslose Lage umschlagen ließ in Aktivität.

**Unruhen befürchtet** Am 17. September 1918 schilderte Hofmiller die Lage in München: „Alles ist seelisch erschüttert.“ Die Demobilisierung habe „bei den Gemütern“ begonnen. Berlins Polizeipräsident Heinrich von Oppen berichtete: „Bei der Unberechenbarkeit der Masse und dem leichten Umschlag ihrer Stimmungen muss deshalb nach wie vor mit der Möglichkeit von Unruhen gerechnet werden, insbesondere für den Fall, dass etwa die Wahlrechtsfrage oder eine weitere Verschärfung der Lebensmittelnot oder endlich Kleider- und Kohlennot im Winter den Funken ins Pulverfass wirft.“ Ende September 1918 kam dieser Funke – allerdings aus unerwarteter Richtung, nämlich aus dem Hauptquartier der deutschen Obersten Heeresleitung im belgischen Kurort Spa: Ausgerechnet der faktische Militärdiktator des Reiches, Erich Ludendorff, offiziell Erster Generalquartiermeister, forderte nämlich die „sofortige Herausgabe eines Waffenstillstandsangebots“ an die Kriegsgegner. Faktisch also die Kapitulation vor dem Feind. *Sven Felix Kellerhoff* ||

**»Keiner glaubt mehr, dass wir den Krieg gewinnen.«**  
Josef Hofmiller, Lehrer, August 1918

Der Autor ist leitender Redakteur der „Welt“ für Zeit- und Kulturgeschichte.

## Parlamentarisierung der Monarchie

**VERFASSUNG** Erst kurz vor Kriegsende erhielt der Reichstag die Schlüsselrolle

In der Politik gibt es immer Alternativen. Drei Szenarien für Deutschlands Zukunft skizzierte der neue Chef des Auswärtigen Amtes, Paul von Hintze, am 29. September 1918 im belgischen Spa Kaiser Wilhelm II.: Erstens könne eine Militärdiktatur innere Unruhen bei Fortdauer des Krieges unterdrücken. Zweitens denkbar sei eine Revolution, die aber die Hohenzollern-Dynastie wegfegen werde. Als dritten Weg beschrieb Hintze eine „Revolution von oben“, die den „beim Übergang von Siegeszuversicht zur Niederlage eintretenden Schock von Reich, Monarchie, Dynastie“ ablenken werde. Dazu sollten gemäßigte Sozialdemokraten und Liberale in die Regierung geholt werden. Erst dieses Kabinett werde Kontakt zu den Feindstaaten aufnehmen. Erich Ludendorff, seit Herbst 1916 der starke Mann der Reichsleitung, hatte Hintze kurzfristig in das deutsche Hauptquartier bestellt, um eine Entscheidung herbeizuführen. Am Vorabend hatte sich der Generalquartiermeister mit Paul von Hindenburg verständigt, um Waffenstillstand zu ersuchen. Erst wollte der Kaiser von einer SPD-Beteiligung nichts hören, doch schließlich überredete Hintze ihn. Daraufhin verkündete Ludendorff: „Ich habe Seine Majestät gebeten, jetzt auch diejenigen

Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, dass wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebracht haben.“

**Neues Kabinett** Die Sozialdemokraten machten sich die Entscheidung nicht leicht. Fraktionschef Philipp Scheidemann sprach sich gegen eine Regierungsbeteiligung aus, weil es „unangebracht“ sei, „im Augenblick der schlimmsten Zuspitzung eine Verantwortung zu übernehmen, die zu tragen wir kaum in der Lage“ seien. Doch schließlich setzte sich Parteichef Friedrich Ebert durch. Am 3. Oktober 1918 ernannte Wilhelm II. Prinz Max von Baden zum Reichskanzler. Er schien der richtige Mann für Verhandlungen mit den USA zu sein, weil er sich 1917 öffentlich gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ausgesprochen hatte. Zu seinem Kabinett gehörte auch der unwillige Scheidemann. Bald zeigte sich aber: Max' Ernennung genützte nicht. US-Präsident Woodrow Wilson teilte mit, Frieden „ohne Vernichtung jeder willkürlichen Macht“ oder zumindest

„ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht“ sei unmöglich. Als Voraussetzung für Verhandlungen wollten die USA den Kaiser abgesetzt oder wenigstens in politische Bedeutungslosigkeit abgedrängt sehen. Max von Baden steckte im Dilemma. Er wollte die Monarchie verteidigen, und der Kaiser war sein Cousin. Max überlegte, als Regent den Thron für Wilhelms Enkel freizuhalten; die Regierung könne ein vom Parlament gestützter Kanzler übernehmen, etwa Ebert. Doch die SPD verlangte, dass der Kanzler von der Volksvertretung abhängig sein müsse. Diese ungeplante Weiterung des Hintze-Plans versuchte Max von Baden zu vermeiden – erfolglos: Am 26. Oktober 1918 verabschiedete der Reichstag eine Verfassungsänderung. Fortan bedurfte der Reichskanzler „zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages“. Der Fraktionschef der Deutschkonservativen kritisierte die Entscheidung: „Aus dem monarchisch-konstitutionellen Reich ist ein nach den Grundsätzen der westlichen Demokratien parlamentarisch regierter Staat geworden.“ Der Sache nach traf das zu; Friedrich Ebert gönnte sich einen Moment des Triumphs und rief den „Geburtsstag der deutschen Demokratie“ aus. *sfk* ||



Ostprien vom August 1914 als nationale Heldenfiguren. Am 26. Oktober 1918 wurde Ludendorff gleichwohl entlassen – nachdem er in den Wochen zuvor erst auf ein Waffenstillstandsangebot Deutschlands und eine Parlamentarisierung des Reichs gedrängt hatte, dabei die Verantwortung für die Niederlage auf die demokratischen Parteien abzuwälzen suchte, um dann angesichts der geforderten de-facto-Kapitulation eine Fortsetzung des „Widerstands mit äußersten Kräften“ zu verlangen. Maßgeblich mitverantwortlich für die so republiksschädliche „Dolchstoßlegende“ (siehe Seite 10), machte Ludendorff 1923 gemeinsame Sache mit Adolf Hitler beim gescheiterten Putschversuch vom 9. November, wurde aber im darauf folgenden Hochverratsprozess freigesprochen und saß von 1924 bis 1928 für die „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ im Reichstag. 1925 trat er bei der Wahl des Reichspräsidenten an, blieb aber mit 1,1 Prozent der Stimmen weit abgeschlagen. 1865 als Sohn eines Rittergutsbesitzers in der preußischen Provinz Posen geboren, starb Ludendorff 1937 mit 72 Jahren in München. *sto* ||

## Erich Ludendorff

Als „deutsche Verhängnisgestalt“ wird er beschrieben, als „Totengräber des Kaiserreichs“, als „Diktator im Ersten Weltkrieg“: Erich Ludendorff, als Generalquartiermeister treibende Kraft der dritten Obersten Heeresleitung, die der Berufsoffizier gemeinsam mit Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg 1916 übernommen hatte mit dem Ziel der „absoluten Kriegsführung“. Damals galten die beiden Sieger der Tannenberg-Schlacht in



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**M**ehr als 100.000 Menschen folgten am 7. November 1918 in München dem gemeinsamen Aufruf der SPD und ihrer linken Abspaltung, der „unabhängigen“ Sozialdemokraten (USPD) zu einer großen Friedensdemonstration und forderten auf der Theresienwiese die Beendigung des Krieges, Abdankung des Kaisers, Demokratisierung Deutschlands und Einführung des Achtstundentags. Anschließend stürmte eine sehr viel kleinere Gruppe mit Kurt Eisner (USPD), der als Anführer des Streiks im Januar 1918 enorm populär geworden war, die Kasernen der Stadt; noch in der Nacht rief Eisner den „Freistaat Bayern“ aus und erklärte König Ludwig III. für abgesetzt. Im Bayerischen Landtag konstituierte sich ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat; Eisner wurde Ministerpräsident und Außenminister des Freistaats Bayern.

Der Wittelsbacher war nur der erste deutsche Monarch, der im November vor 100 Jahren seine Krone verlor. Innerhalb weniger Tagen waren alle 22 gekrönten Häupter, die in Deutschland bis dahin regiert hatten, abgesetzt oder zurückgetreten. Die Revolution hatte in Deutschland gesiegt, fast ohne auf Widerstand zu stoßen.

Kaiser Wilhelm II. hatte sich schon am 29. Oktober in das Große Hauptquartier im belgischen Spa begeben. Inzwischen forderten nicht nur die Fortschrittliche Volkspartei und die SPD, sondern auch das Zentrum seine Abdankung. Dennoch zögerte er und überlegte, nur als Kaiser, nicht aber als preußischer König und Oberbefehlshaber des Heeres zurückzutreten, sodass Reichskanzler Prinz Max von Baden schließlich gezwungen war, Wilhelms Abdankung am 9. November ohne Autorisierung bekanntzugeben. Wilhelm II. fuhr am nächsten Morgen über die Grenze und begab er sich in die Hände der niederländischen Regierung, die ihm Asyl gewährte.

Noch am 9. November übertrug Prinz Max Friedrich Ebert als Vorsitzendem der größten Reichstagsfraktion das Amt des Reichskanzlers, da er selbst seine Mission als erfüllt ansah. Man verständigte sich darauf, dass eine Nationalversammlung über die Frage der künftigen Staatsform entscheiden solle. Um 14 Uhr rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann dennoch vor dem Reichstag die deutsche Republik aus, sehr zum Ärger Eberts. Zwei Stunden später propagierte der Spartakist Karl Liebknecht von einem Balkon des Berliner Stadtschlosses „die freie sozialistische Republik“.

**Neue Regierung** Ebert entschloss sich angesichts der revolutionären Situation zu Verhandlungen mit der USPD über die Bildung einer rein sozialistischen Regierung, wobei allerdings die bisherigen Staatssekretäre im Amt blieben. Am 10. November konstituierte sich der „Rat der Volksbeauftragten“. Ihm gehörten von Seiten der SPD Ebert, Scheidemann und Otto Landsberg an, für die USPD die eher gemäßigten Hugo Haase und Wilhelm Dittmann sowie der Radikale Emil Barth, der auch bei den „Revolutionären Obleuten“ – unabhängigen Vertrauensleuten in den Betrieben – eine führende Rolle spielte. Generalleutnant Wilhelm Groener, seit Ludendorffs Entlassung faktisch Chef der Obersten Heeresleitung, versicherte Ebert am 10. November in einem Telefongespräch, dass das Heer sich der neuen Regierung unterstellt. Dieser sogenannte Ebert-Groener-Pakt trug erheblich zur Konsolidierung der neuen Regierung bei.

Im Zirkus Busch versammelten sich an diesem Tag mehr als 3.000 Delegierte der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und wählten einen „Vollzugsrat“. In dessen Auftrag sollte die neue Regierung die von den Arbeiter- und Soldatenräten formulierten Ziele umsetzen, doch von dieser Erwartung emanzipierte sich der Rat der Volksbeauftragten sehr rasch. Dominierende Figur war Friedrich Ebert, der durch das zusätzliche Amt des Reichskanzlers mit Prestige und administrativen Möglichkeiten ausgestattet war. Diese Personalunion brach der Gefahr einer Doppelherrschaft von Regierung und Räten, wie es sie 1917 in Russland gab, von vornherein die Spitze ab. Die Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten waren formal den Staatssekretären, die

# Deutscher Umsturz

**WENDEZEIT** Nach dem erstaunlich unblutigen Ende der Monarchie drifteten die sozialistischen Kräfte in Deutschland zunehmend auseinander



Auf der Regierungsbank im Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin sitzen am 16. Dezember 1918 beim Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte die Volksbeauftragten Philipp Scheidemann (SPD, 2.v.l.), Otto Landsberg (SPD, 3.v.l.), Hugo Haase (USPD, 3.v.r.), Friedrich Ebert (SPD, 2.v.r.) und Emil Barth (1.v.r.).

bisher die verschiedenen Reichsämt geleitet hatten, übergeordnet, de facto aber auf deren Sachkenntnisse angewiesen. Die Sozialdemokraten waren hier gegenüber den Volksbeauftragten der USPD im Vorteil, weil die Ministerialbeamten viel lieber mit ihnen zusammenarbeiteten. Zudem sicherte sich die SPD die wichtigsten Ressorts. Der Rat der Volksbeauftragten nahm sehr rasch seine Arbeit auf und erließ eine Vielzahl von Gesetzen und Anordnungen. Das betraf klassische Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, vor allem aber das Gebiet der Sozialpolitik. So wurde zum 1. Januar 1919 der achtstündige Normalarbeitstag eingeführt. Den Gewerkschaften brachte am 15. November das „Stinnes-Legien-Abkommen“, benannt nach den Verhandlungsführern, die Anerkennung der Arbeitgeber als „berufene Vertretung der Arbeiterschaft“.

**Der Ebert-Groener-Pakt trug erheblich zur Konsolidierung der neuen Regierung bei.**

Derweil hatte am 11. November der Erste Weltkrieg nach mehr als vier Jahren und Millionen Toten mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands in einem Eisenbahnwaggon im Wald von Compiègne nördlich von Paris ein Ende gefunden. Der vierköpfigen Delegation Deutschlands unter der Leitung des Zentrum-Politikers Matthias Erzberger, der inzwischen Staatssekretär geworden war, trat der französische Marschall Ferdinand Foch gegenüber, seit März 1918 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte an der Westfront. Erzberger, der die Bestimmungen der Waffenstillstandsvereinbarung außerordentlich hart fand, hielt Rücksprache mit Ebert, der ihm die Weisung erteilte, zu jedweden Bedingungen zu unterschreiben. Auch Paul von Hindenburg, der 1916 zusammen mit Ludendorff die Oberste Heeresleitung übernommen hatte, drängte auf die Unter-

zeichnung. Die Grundintention der Siegermächte war, dass Deutschland künftig nicht mehr angriffsfähig sein sollte.

Der Dezember 1918 war die Phase des Übergangs zwischen der erstaunlich unblutigen Novemberrevolution und den gewalttätigen Konfrontationen im Januar 1919. Am 6. Dezember kam es in Berlin zu einer grauenvollen Schießerei, bei der innerhalb von wenigen Minuten ein Blutbad angerichtet wurde. Gardefüsilier schossen an der Kreuzung Chausseestraße/Invalidenstraße auf demonstrierende Soldaten und Matrosen, töteten 16 und verletzten etwa 80, davon zwölf schwer. Es gingen Ereignisse voraus, deren Hintergrund nie wirklich aufgeklärt werden konnte. Eine Gruppe schwerbewaffneter Soldaten, die Ebert von der Reichskanzlei zu verlassen und auf die Straße zu kommen, wollte ihn zum Reichspräsidenten ausrufen, was er ablehnte.

**Mit 344 gegen 89 Stimmen votierte der Reichsrätekongress gegen das Rätensystem.**

Zeitgleich wurde der Vollzugsrat vorübergehend verhaftet. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass dies ein rechter Putschversuch zur Entmachtung des Arbeiter- und Soldatenrates war. Wer den Schießbefehl erteilt hat, konnte nie geklärt werden. An dem darauffolgenden Wochenende kam es zu zahllosen Demonstrationen der verschiedenen politischen Lager, die nun immer deutlicher auseinanderstrebten.

Die Spartakisten arbeiteten zunehmend auf die Gründung einer eigenen politischen Partei hin, nachdem sie bei dem ersten Reichsrätekongress eine herbe Niederlage erlitten hatten. Der Antrag von Ernst Däumig (USPD), das Rätensystem zur Grundlage der Verfassung einer deutschen sozialistischen Republik zu machen, wurde von den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte aus dem ganzen Reich mit 344 ge-

gen 89 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag von Max Cohen (SPD), am 19. Januar 1919 eine Nationalversammlung zu wählen, mit einem sogar noch eindeutigeren Stimmenverhältnis angenommen.

Kurz darauf, am 23. Dezember, befahl der Rat der Volksbeauftragten der Volksmarinedivision den Abzug aus Berlin und die Reduzierung ihrer Truppenstärke. Doch die Volksmarinedivision, die außerdem noch offene Soldforderungen hatte, zog nicht ab, sondern brachte die Reichskanzlei in ihre Gewalt. Am Tag darauf kam es zu heftigen Kämpfen zwischen Truppen, die Generalleutnant Groener auf Eberts Bitte in die Stadt entsandt hatte, und den Matrosen der Volksmarinedivision, die im Berliner Schloss ihr Hauptquartier hatten und den Berliner Stadtkommandanten Otto Wels im Marstall als Geisel hielten. Die im Häuserkampf unerfahrenen Frontsoldaten erlitten dabei erhebliche Verluste. Die Volksmarinedivision blieb erhalten, erhielt ihren Sold und Wels musste am 27. Dezember zurücktreten. Nach diesen Ereignissen verließen die Vertreter der USPD den Rat der Volksbeauftragten. Stattdessen kamen am 28. Dezember die Sozialdemokraten Gustav Noske und Rudolf Wissell hinzu. Noske erhielt den Befehl, eine bewaffnete Macht zur Verteidigung der Regierung aufzubauen und dabei verstärkt auch auf Freikorps zu setzen. Er nahm diesen Auftrag an mit den berühmt gewordenen Worten „Einer muss der Bluthund sein“.

**Januaraufstand** Am 4. Januar 1919 wurde der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn abgesetzt, weil er während der Weihnachtskämpfe mit den revolutionären Matrosen kollaboriert hatte. Seine Absetzung wurde von den revolutionären Kräften als große Provokation empfunden. Die Zentrale der am 31. Dezember gegründeten KPD warnte davor, die Machtübernahme anzustreben, weil dafür die Machtbasis im Land fehlte. Riesige Massendemonstrationen am folgenden Tag führten zu einem Stimmungsumschwung und am Abend beschloss eine Versammlung von etwa 70 revolutionären Obleuten und dem Zentralvorstand der Berliner USPD mit großer Mehrheit, den Kampf um die Macht aufzunehmen. Ein Revolutionsausschuss erklärte den Rat der Volksbeauftragten für abgesetzt. Daraufhin rief die SPD ihre Anhänger in die Wilhelmstraße, wo sie durch ihre Präsenz die Regierung schützen sollten. Der Rat der Volksbeauftragten beschloss die Organisation loyaler militärischer Verbände, wobei er auch mit den Freikorps zusammenarbeitete. Am 8. Januar begann die gewaltsame Niederschlagung des Aufstands, wobei die Regierungstruppen von Gustav Noske befehligt wurden. Vor allem um das von den Aufständischen besetzte Zeitungsviertel wurde erbittert gekämpft.

Nach der Einnahme des Polizeipräsidiums brach der unzureichend vorbereitete Aufstand rasch zusammen. Er forderte insgesamt 165 Todesopfer. Für die Weimarer Republik war die Klärung des grundsätzlichen Zielkonflikts zwischen SPD und KPD – parlamentarische Demokratie oder sozialistische Räterepublik – einerseits eine notwendige Existenzbedingung, andererseits eine schwere Belastung. So wie es der im Dezember 1918 tagende Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen hatte, wurde am 19. Januar 1919 die Nationalversammlung gewählt. (Siehe Seite 7). Es gab nun erstmals ein von allen erwachsenen Deutschen freigeschicktes Parlament. Man konnte den Eindruck großer Stabilität gewinnen, doch der relativierte sich rasch. Schon bei den ersten regulären Reichstagswahlen im Juni 1920 erreichten die Parteien der „Weimarer Koalition“, die noch im Jahr zuvor über eine Dreierpartei-Mehrheit verfügt hatten, nicht einmal mehr die einfache Mehrheit der Stimmen, während die beiden Parteien am rechten Rand ihren Stimmenanteil glatt verdoppelten. Tatsächlich erwies sich die Verhältnisse als wenig stabil. In den 14 Jahren der Weimarer Republik wurde acht Mal der Reichstag gewählt und es gab 20 verschiedene Regierungen. Ernst Piper

Der Autor ist außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

## Eine eigentümliche Revolution

**ÖSTERREICH** Das Ende der Habsburger Monarchie hatte auch operettenhafte Züge

Hat in Österreich 1918 eine Revolution stattgefunden? Einerseits ja, offensichtlich. Schließlich wurde der Kaiser entthront, enteignet und musste das Land verlassen. Die neue Republik schaffte den Adel und alle Vorrechte ab. Die politischen Verhältnisse wurden umgewälzt: im Wortsinn eine Revolution. Aber eine eigentümliche Revolution.

Nicht nur, weil das Eigentum weitgehend unangetastet blieb und keine Vertreter des Ancien Régime aufgeknüpft wurden. Die Revolutionäre, wenn man sie denn so nennen will, bedienten sich der bestehenden, verfassungsgemäßen Körperschaften. Und die k.u.k. Beamtenschaft half ihnen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nachdem die slawischen Völker und Ungarn sich angesichts des verlorenen Krieges aus dem

Imperium gelöst hatten, wurde die Republik „Deutschösterreich“ am 12. November im Parlament von Abgeordneten ausgerufen, die 1911 gewählt worden waren. Fast möchte man es eine gemüthliche Revolution nennen, die operettenhafte Züge trägt. Sie äußern sich etwa in der Anekdote, wonach Egon Erwin Kisch, der „Rasende Reporter“, an der Spitze der Roten Garde in die Redaktion der „Neuen Presse“ eindringt und diesen Hort der Bürgerlichkeit für besetzt erklärt. Sein Bruder Paul, Redakteur der „Presse“, tritt ihm entgegen: Er weiche der Gewalt, „aber ich schreibe es heute noch der Mama nach Prag“. Darauf gibt Egon das Signal zum Rückzug. Aber Vorsicht vorm Klischee! So undramatisch waren die Tage im Oktober und November 1918 auch in Wien nicht. Dass der

Umsturz weitgehend unblutig blieb, war der Umsicht von Leuten wie den Sozialdemokraten Victor Adler und Karl Renner zu verdanken. Die Rotgardisten wollten durchaus eine sozialistische Republik unter roter Fahne ausrufen. Die Besetzung der „Presse“ fand statt, aber die Geschichte mit dem Brief an die Mama ist wohl erfunden, wenn auch schön. Stephan Löwenstein

Der Autor ist Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Wien.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## Rosa Luxemburg

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 in der polnischen Kleinstadt Zamosc geboren, die damals zum Zarenreich gehörte. 1888 ging sie zum Studium nach Zürich, wo sie 1897 mit einer Arbeit über die industrielle Entwicklung Polens promoviert wurde. 1898 übersiedelte sie nach Berlin. Nachdem sie zuvor in der polnischen Sozialdemokratie gewirkt hatte, schloss sie sich nun der SPD an und konnte dort sehr rasch großes Ansehen als Theoretikerin, Publizistin und Wahlkämpferin gewinnen. Schon früh war sie auch in der Sozialistischen Internationale aktiv.



Als profilierteste Vertreterin des kleinen linken Flügels kämpfte sie in der SPD gegen den Revisionismus und für Massenstreiks als politisches Kampfmittel. Als die Reichstagsfraktion der SPD am 4. August 1914 den Kriegskrediten zustimmte, kam es

zu einer grundsätzlichen Entfremdung und 1917 zur Spaltung der Partei. Luxemburg, die die Kriegszeit zum großen Teil im Gefängnis verbracht hatte, gehörte am 31. Dezember 1918 zu den Gründern der KPD. Sie plädierte für eine sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats, lehnte aber den roten Terror der bolschewistischen Revolution in Russland ab. Sie hielt eine Revolution nur für legitim, wenn sie von der großen Mehrheit der Arbeiterschaft getragen war. Deshalb lehnte sie den Januaraufstand ab, lehnte es aber auch ab, sich in Sicherheit zu bringen, wie ihr von Freunden geraten wurde. Am 15. Januar 1919 wurde sie gemeinsam mit Karl Liebknecht von Angehörigen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ermordet. Ernst Piper

## CHRONIK

**7./8.11.1918** In München erklärt Kurt Eisner (USPD) den bayerischen König Ludwig III. und die Dynastie Wittelsbach für abgesetzt und ruft den Freistaat Bayern aus. Im Landtag konstituiert sich ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat. Eisner wird bayerischer Ministerpräsident und Außenminister.



Max von Baden

**9.11.** Reichskanzler Max von Baden gibt eigenmächtig die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. bekannt und übergibt die Kanzlerschaft an den MSPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert. Philipp Scheidemann ruft vom Reichstagsgebäude aus die

„deutsche Republik“ aus, der Linksozialist Karl Liebknecht vom Berliner Stadtschloss aus die „Freie Sozialistische Republik Deutschland“.

**9./10.11.** Wilhelm II. reist vom belgischen Spa ins Exil in die Niederlande. Bedingung für seinen dortigen Aufenthalt ist der Verzicht auf jede politische Betätigung.

**10.11.** Der „Rat der Volksbeauftragten“, dem drei MSPD- und drei USPD-Mitglieder angehören, übernimmt unter dem Vorsitz von Friedrich Ebert (MSPD) und Hugo Haase (USPD) die Regierungsgeschäfte. Die Berliner Betriebe und Garnisonen wählen Arbeiter- und Soldatenräte. Auf einer Versammlung im Zirkus Busch wählen diese Räte einen „Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin“, der bis zur Zusammenkunft eines ersten Reichsrätekongresses im Dezember den Rat der Volksbeauftragten kontrollieren soll.

Generalleutnant Groener versichert Ebert in einem Telefonat, dass sich das Heer der neuen Regierung unterstellt. Im Gegenzug sichert Ebert zu, dass das Offizierskorps weiterhin die Befehlsgewalt über die Truppen inne hat („Ebert-Groener-Pakt“).

**11.11.** In einem Eisenbahnwagen bei der nordfranzösischen Stadt Compiègne unterzeichnet der Reichstagsabgeordnete und Staatssekretär Matthias Erzberger (Zentrum) für Deutschland den Waffenstillstandsvertrag.



Matthias Erzberger (links) vor dem Eisenbahnwagen bei Compiègne.

In Berlin kommt es zur Neugründung des linksradikalen Spartakusbundes um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Kaiser Karl I. von Österreich verzichtet auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte.

**12.11.** Der Rat der Volksbeauftragten hebt den Belagerungsstand auf, schafft die Zensur ab und erlässt eine Amnestie für politische Straftaten. Ferner gilt fortan das gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht für alle Frauen und Männer ab 20 Jahren; für den Jahreswechsel wird der Achtstundentag angekündigt. Im Parlament in Wien wird durch die Provisorische Nationalversammlung die Republik „Deutschösterreich“ proklamiert; ein Versuch der kommunistischen „Roten Garde“, das Parlament zu besetzen, scheitert.

**15.11.** Unterzeichnung des Stinnes-Legien-Abkommens, mit dem die deutschen Unternehmer die Gewerkschaften als gleichberechtigte Tarifpartner anerkennen.

**16.11.** Ausrufung der ungarischen Republik.

**28.11.** Wilhelm II. unterzeichnet die Abdankungsurkunde.

**6.12.** Soldaten eines Infanterieregiments versuchen erfolglos, den Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhaften, andere rufen Ebert vor der Reichskanzlei zum Präsidenten aus. Ebert reagiert ausweichend. Gardefüsiliere schießen in der Stadt auf demonstrierende Soldaten und Matrosen. 16 Menschen kommen ums Leben.

(Weiter Seite 8) ||



Lenin kommt nach seiner Fahrt durch Deutschland, Schweden und Finnland im April 1917 mit dem Zug auf dem Finnländischen Bahnhof in der russischen Hauptstadt Sankt Petersburg an. Anhänger der Bolschewisten begrüßen den Revolutionsführer enthusiastisch, wie diese Zeichnung auf Fotogrundlage zeigt.

© picture-alliance/Everett Collection

# Sonderzug zur Revolution

**RUSSLAND** Mit Hilfe der deutschen Regierung reiste Bolschewistenchef Lenin 1917 nach Sankt Petersburg

Im Nachhinein war einigen Beteiligten die Sache ein wenig peinlich. Erich Ludendorff etwa, der fast allmächtige Generalquartiermeister der Dritten Obersten Heeresleitung, legte Wert auf die Feststellung, dass nicht er die Idee ausgeheckt hatte, den berüchtigten russischen Agitator auf dem Weg nach Hause quer durch Deutschland reisen zu lassen: „Ich bin nur gefragt worden, ob ich etwas dagegen einzuwenden hatte. Das hatte ich nicht, da mir die Reichsleitung zugleich verbesserte Friedensmöglichkeiten durch innere Schwächung Russlands in Aussicht stellte.“ Auch deutsche Regierungsvertreter machten keinen Hehl daraus, dass sie diesen Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, der mit ihrer freundlichen Unterstützung im April 1917 von Zürich nach Petrograd fahren durfte, im Normalfall nicht einmal mit der Kneifzange angefasst hätten. „Ein Offizier aus einem der ältesten preussischen Geschlechter stammend“, klagte ein an der Aktion beteiligter Diplomat des Kaiserreiches in Bern, „wird als eine Art Ehrenkavaliere diesem russischen revolutionären Gesindel, das wir sonst nach Russland ausweisen, dem aber jetzt der Hof gemacht wird, beigegeben, nur in der Hoffnung, dadurch den Frieden etwas zu beschleunigen – das ist die Lage.“

»Es gilt jetzt, in Russland ein größtmögliches Chaos anzurichten.«

Ulrich Graf v. Brockdorff-Rantzau, Diplomat

Die Lage in diesem dritten Jahr des Ersten Weltkrieges war die, dass deutsche Truppen weit nach Osten vorgestoßen waren. Sie hatten Litauen und die südliche Hälfte des heutigen Lettland besetzt, Polen und den Westen der Ukraine und das Russische Reich an den Rand des Zusammenbruchs getrieben. Dagegen hatte sich an der Westfront seit Anfang 1915 so gut wie nichts bewegt und lieferten Deutsche, Franzosen und Briten einander ebenso verlustreiche wie ergebnislose Abnutzungsschlachten.

Im Frühjahr 1917 stand obendrein der Kriegseintritt der USA bevor, womit absehbar war, dass sich das Kräfteverhältnis im Westen sehr bald zu Deutschlands Ungunsten verschieben würde. Ein Sonderfriede mit dem zermürbten Russland, um im Osten Entlastung zu schaffen, war seit längerem der sehnlichste Wunsch der Berliner Regierung.

So empfand Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg es als „ein wahres Gottesgeschenk“, als Anfang 1917 die kriegs- und hungererschöpften Bewohner der russischen Hauptstadt massenhaft auf die Strafen gingen und am 14. März der Zar stürzte. Auch Ludendorff notierte wenige Tage später, dass mit einer russischen Offensive nun wohl nicht mehr zu rechnen sei, und bereits jetzt

Truppen an die Westfront verlegt werden könnten.

Die neue Provisorische Regierung in Petrograd dachte indes nicht an Kapitulation und Sonderfrieden. Sie gab sich – auch durch Einwirkung der Entente – entschlossen, den Kampf an der Seite der Westalliierten fortzusetzen. Was in dieser Lage zu tun war, formulierte am 2. April der deutsche Botschafter in Kopenhagen, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Es gelte jetzt, in Russland „größtmögliches Chaos“ anzurichten und alles zu tun, um „die Gegensätze zwischen den gemäßigten und den extremen Parteien zu vertiefen, denn wir haben das größte Interesse daran, dass die letzteren die Oberhand gewinnen“. In einem solchen Fall dürfe binnen drei Monaten „die Zersetzung genügend vorgeschritten“ sein, um „den Zusammenbruch der russischen Macht zu gewährleisten“.

Durch Verschärfung innenpolitischer Konflikte die Feindmächte zu destabilisieren, war von vornherein ein deutsches Konzept gewesen. Mit Hilfe flämischer Nationalisten versuchten die Deutschen, das besetzte Belgien in ihrem Sinne umzugestalten. Sie leisteten Hilfe beim irischen Aufstand 1916 gegen die Briten. Sie bildeten finnische Freiwillige aus, die die Lösung ihres Landes vom Zarenreich erstrebten, und setzten sie 1917 an der Ost-

front ein. Sie richteten Speziallager für ukrainische und muslimische Kriegsgefangene ein, um die Insassen auf den nationalen Aufstand oder den Heiligen Krieg einzustimmen.

**Wohlvollend** Sie hatten auch die Kolonie linksradikaler Russen, die vor dem Krieg in der Schweiz Zuflucht gefunden hatten, frühzeitig im Blick. Bereits im September 1914 suchte der deutsche Botschafter in Bern, Gisbert Freiherr von Romberg, den Kontakt zur revolutionären Exilgemeinde und ließ sich regelmäßig berichten. So wurden die Deutschen spätestens im Frühjahr 1915 auf Lenin als den führenden Kopf der Szene aufmerksam und nahmen auch dessen Forderung, den Krieg bedingungslos zu beenden, wohlwollend zur Kenntnis. Nach dem Sturz des Zaren beauftragte Kanzler von Bethmann-Hollweg den Botschafter in Bern, dem Bolschewikenchef deutsche Hilfe bei der Rückkehr nach

Russland anzubieten. Lenin ließ sich nicht lange bitten. Er saß in Zürich ohnehin auf glühenden Kohlen. Bis zum 7. April einigte er sich mit den Deutschen über die Konditionen. Er erhielt sich vor, die Reisegesellschaft zusammenzustellen, die in einem für exterritorial erklärten Wagon, also ohne Grenzkontrolle, Deutschland durchqueren sollte. Am 9. April verließ Lenins Sonderzug Zürich,

am Abend des 16. traf Lenin, von jubelnden Arbeitermassen begrüßt, auf dem Finnländischen Bahnhof in Petrograd ein.

Die Früchte der Operation Sonderzug ernteten die Deutschen ein knappes Jahr später, als sie im März 1918 der Sowjetregierung den Frieden von Brest-Litowsk aufzötigten. Deutschland gewann ein gewaltiges Ost-Imperium, bestehend aus dem Baltikum, Polen und der Ukraine, die von Russland abgetrennt und in halb souveräne Satellitenstaaten umgewandelt werden sollten. Die Freude über den Sieg im Osten währte freilich nur ein halbes Jahr. Auf die Niederlage an der Westfront folgten Kapitulation und Revolution auch in Deutschland.

**Schreck bekamen** Mittlerweile war der Schrecken über den Roten Terror in Russland den Zeitgenossen gehörig in die Glieder gefahren, nicht zuletzt den deutschen Sozialdemokraten, denen in der Revolution eine Schlüsselrolle zufallen sollte. Bereits im Januar 1918 hatte der spätere preußische Ministerpräsident Otto Braun im „Vorwärts“ die „Säbelherrschaft“ der Bolschewiken verurteilt. Während der Umbruchmonate prägte der Altraum russischer Verhältnisse und die Absage an jede Form der Räteherrschaft die gesamte Politik der SPD. So wurde die deutsche Revolution zum Gegenwurf der russischen. Hatten dort die Bolschewiken die demokratische Konstituante verjagt, so stellte im Dezember 1918 der Berliner Rätekongress die Weichen zur Wahl der Weimarer Nationalversammlung. *Winfried Dolderer* ||

**Der Altraum russischer Verhältnisse prägte die gesamte Politik der SPD.**

## Im Ausnahmezustand

**PRESSE** Nach Ende der Zensur mussten sich die Zeitungen gegen die Revolutionäre behaupten

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte auch die Journalisten in Deutschland vor eine neue Situation. Die Pressefreiheit wurde durch Verordnung am 31. Juli 1914 aufgehoben und für die Militärzensur im Februar 1915 eine Oberzensurstelle gebildet. So wurde die Bevölkerung über die tatsächlichen militärischen Gegebenheiten im Unklaren gehalten. Das hielten viele Zeitungen bis in die letzten Kriegstage durch, als die üblichen Frontberichte trotz Hungers und Kriegsmüdigkeit weiter erschienen: So schrieb wenige Tage vor der faktischen Kapitulation das „Berliner Tageblatt“ am 26. Oktober 1918 vom „gewaltigen, erfolgreichen Ringen im Westen“. Allerdings bot die Presse in den letzten Wochen des Kaiserreichs ein buntes, vielfältiges Meinungsbild von rechten, linken und liberalen Zeitungen. Uniform waren nur noch die Heeresberichte und die amtlichen Meldungen und Kommentare des Wolffschen Telegraphenbüros.

Inzwischen breitete sich nach der Meuterei der Kieler Matrosen am 29. Oktober 1918 die Revolution aus. Das USPD-Blatt „Leipziger Volkszeitung“ schrieb am 2. November 1918: „Der wahnwitzige Gedanke, dass Deutschland den Krieg fortsetzen müsse, wird im Großen Hauptquartier immer noch aufrechterhalten. Die Forderungen des Proletariats sind: Nicht Fortsetzung des Krieges – sofortiger Frieden. Es lebe die sozialistische Republik.“ Immer mehr wurde nun in der liberalen und linken Presse die Abdankung von Kaiser Wilhelm II.

verlangt. So schrieb die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ am 8. November 1918: „Jetzt ist längeres Zögern unmöglich. Wir haben nur die Wahl zwischen dem Thronverzicht des Kaisers oder dem Bürgerkrieg.“ Für viele im Land war es ein Schock, als der viereinhalbjährige Krieg trotz unendlicher Opfer mit der Niederlage Deutschlands zu Ende ging. Der Kaiser dankte ab, die Monarchie im Reich und in den Ländern war am Ende. Je nach Zeitung, fielen die Bekanntmachungen ganz unterschiedlich aus. In Berlin wie in der Provinz. So war das epochale Ereignis dem württembergischen Heimatblatt „Dürrenz-Mühlacker Bote“ zwar ein paar Zeilen auf der Titelseite wert, der Fortsetzungsroman „Das Heideprinzchen“ wurde am 11. November 1918 dennoch halbseitig auf Seite 1 weitergedruckt. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schrieb: „Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Geschichtsforschung sein nachzuweisen, dass die Weltgeschichte einen grausamen, furchtbaren Justizmord begangen hat.“

**Pressefreiheit** Für die Presse war der Übergang zur Republik mit großen Änderungen verbunden. Am Tag der verkündeten Abdankung des Kaisers und der Bestellung von Friedrich Ebert (SPD) zum Reichskanzler am 9. November 1918 besetzten Revolutionäre Berlins Zeitungsviertel. Die Abendausgabe des konservativen „Berliner Lokal-Anzeigers“ erschien als „Rote Fahne“ der Spartakusgruppe,

bis regierungstreue Soldaten die alten Verhältnisse herstellten. Am 12. November erließ die Übergangsregierung der „Rat der Volksbeauftragten“, unter Ebert einen Aufruf, in dem es hieß: „Eine Zensur findet nicht statt. Die Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.“ Dieses Programm der Presse- und Meinungsfreiheit musste nun gegen die linken Revolutionäre durchgesetzt werden. Und das nicht nur in Berlin. So wurde in Leipzig vom Arbeiter- und Soldatenrat eine Zeitung mit Zerstörung bedroht, wenn sie einen bestimmten Bericht bringe. In Mülheim/Ruhr wurden Druckplatten zerschlagen, weil sich Deutsche Volkspartei und Zentrum in Flugblättern gegen die Verhaftung Mülheimer Bürger gewandt hatten. Am 12. Dezember 1918 mahnte der Rat der Volksbeauftragten: „Die Reichsregierung verwahrt sich gegen jede gewaltsame Beschränkung des freien Wortes. Sie fordert von den Arbeiter- und Soldatenräten die völlige Aufrechterhaltung der Pressefreiheit.“ Die linken Revolutionäre mussten weichen, so wie mit ihrer von der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte erhobenen Forderung, „den großkapitalistischen industriellen Meinungs-fabrikanten Beschränkungen ihres ökonomischen Übergewichts“ aufzuerlegen. Im Januaraufstand 1919 wurde Berlins Zeitungsviertel erneut besetzt. Truppen von Gustav Noske zerschlugen aber den Aufstand. Das Blatt „Der Montag“ verkündet am 13. Januar 1919 „Berlins Befreiung vom Spartakus“. *Hans Krump* ||



## Karl Liebknecht

Agitator, Parlamentarier, Revolutionär, Märtyrer. Sein gewaltsamer Tod im Januar 1919 hat Karl Liebknecht zu einer Ikone der Linken werden lassen. Es war indes der hartnäckige und zunächst einsame Widerspruch gegen den Ersten Weltkrieg, aus dem zu Lebzeiten bereits Liebknechts Ruhm erwuchs, der ihm die Ächtung der SPD-Mehrheit im Reichstag und mehr als zwei Jahre Zuchthaus eintrug. Geboren 1871 als Sohn des SPD-Mitbegründers Wilhelm Liebknecht in Leipzig, studierte Karl von 1890 bis 1893 in seiner Geburtsstadt so-

wid ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Im Reich nichts Neues – so oder ähnlich wäre einem oberflächlichen Beobachter wohl das Ergebnis der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung erschienen, das drei Tage nach dem Urnengang vom 19. Januar 1919 einigermaßen feststand. Seit der letzten Reichstagswahl vom Januar 1912 waren die Stimmenverhältnisse fast unverändert geblieben, als hätte es keinen verlorenen Weltkrieg, keine Revolution, keinen Kaisersturz, keinen Bürgerkrieg, keine Veränderung des Wahlrechts und keinen umstürzenden Wandel der Wahlberechtigten gegeben. Mehr als drei Viertel aller Stimmen entfielen auf Parteien, die die neue Ordnung bejahten. Triumphaler hätte der Durchbruch der parlamentarischen Demokratie in Deutschland kaum geraten können. Vergeben und vergessen schienen die zwei Millionen Gefallenen, die 2,7 Millionen Versehrten des Weltkriegs, die Millionen, die an der Heimatfront verhungert oder in Not gestürzt worden waren, das Verschwinden von Dynastien, die über Jahrhunderte hinweg den Takt in den deutschen Ländern vorgegeben hatten, die tönenden Hoffnungen und vergessenen Opfer und – vor allem – der in den vergangenen Wochen nicht selten mit Waffengewalt ausgetragene Streit, ob der neue Staat eine demokratische Republik oder ein sozialistisches Räteregime sein sollte. Die politischen Kräfte, die auf die Demokratie setzten, hatten bei der Wahl mit überwältigender Mehrheit gesiegt. Der große Gewinner war die SPD. Sie konnte bei reinem Verhältniswahlrecht ihren Stimmenanteil mit 37,9 Prozent im Vergleich zu 1912 um 3,1 Prozent steigern. Zweitstärkste Kraft wurde mit 19,7 Prozent (1912: 16,4) das katholische Zentrum, das unter dem Namen Christliche Volkspartei einen eher zaghaften Ausbruch aus dem konfessionellen Korsett versucht hatte. Auch andere Parteien des Kaiserreichs signalisierten durch Umetikettierungen einen Neuanfang. Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) als Nachfolgerin der Fortschrittlichen Volkspartei gewann 18,5 Prozent (12,3). Damit etablierte sie sich als führende Kraft des liberalen Bürgertums deutlich vor der Deutschen Volkspartei (DVP), die im Kern der Nationalliberalen Partei des Kaiserreichs folgte und nur 4,4 Prozent (13,6) der Stimmen erzielte. Mit 10,3 Prozent konnte die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) als Sammelbecken der Konservativen in etwa die Stimmenzahl halten, die Deutschkonservative Partei und Deutsche Reichspartei 1912 auf sich vereinigt hatten (8,5 / 3,0). Regional gebundene Parteien wie die Bayerische Bauernpartei oder die Deutsch-Hannoversche Partei blieben unter ferner liefen, zogen aber wegen des Fehlens einer Fünfprozent-Hürde in die Nationalversammlung ein.

**Staatspartei SPD** Auch wenn manche in der SPD auf die absolute Mehrheit gehofft hatten, bedeutete das Ergebnis einen eindrucksvollen Sieg. In der Rückschau war es das beste Resultat, das eine Partei überhaupt bei Reichstagswahlen in der Weimarer Republik erzielen konnte. Damit stieg just die politische Kraft, die von den Eliten des Kaiserreichs in fortwährender Opposition gehalten worden war, zur „eigentlichen Staatspartei der Republik“ auf, wie es „Vorwärts“-Chefredakteur Friedrich Stampfer beschrieb. Das Wahlergebnis löste das größte Problem, vor dem die SPD-Führung um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann stand: Wie sollte das Verhältnis zu den beiden anderen sozialistischen Arbeiterparteien gestaltet werden? Zusammen mit der USPD, die nur 7,6 Prozent der Stimmen erhalten hatte, wäre allenfalls die Bildung einer Minderheitsregierung möglich gewesen. Nur in zwei der 37 Großwahlkreise, in Merseburg und in Westsachsen um Leipzig, konnte sich ihre linke Abspaltung vor der SPD platzieren. In Bremen, wo die USPD kurz zuvor mit linksradikalen Gruppen eine Räterepublik proklamiert hatte, wurde sie mit knapp 19 gegenüber 41,5 Prozent für die SPD geradezu abgestraft. Das wäre der KPD vermutlich auch passiert, wenn sie Rosa Luxemburgs Rat befolgt und sich an der Wahl zur Nationalversammlung

# Sieg der Demokratie

**NATIONALVERSAMMLUNG** Bei der Wahl vom 19. Januar 1919 stimmten mehr als 75 Prozent für Parteien, die die neue Ordnung bejahten



Nach seiner Wahl zum ersten Reichspräsidenten am 11. Februar 1919 hält Friedrich Ebert (SPD) eine Rede auf dem Balkon des Deutschen Nationaltheaters in Weimar, in dem die Nationalversammlung tagte.

© picture-alliance/akg-images

beteiligt hätte. Stattdessen setzte die im Januar von Spartakusbund und „Bremer Linksradikalen“ gegründete Partei weiterhin auf den bewaffneten Aufstand des Proletariats nach dem Vorbild der Bolschewiki, was die SPD den Bürgerlichen geradezu in die Arme trieb. Bereits den „Januaraufstand“ in Berlin ließ der Rat der Volksbeauftragten mit Freikorps unter Führung kaiserlicher Offiziere niederschlagen. Die Ermordung der KP-Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch Angehörige der Garde-Schützen-Kavallerie-Division hatte zwar allenthalben für Empörung gesorgt und die Gräben innerhalb der Arbeiterschaft vertieft. Aber die Gewalttaten beförderten in weiten Kreisen des Bürgertums auch die Angst vor einer bolschewistischen Revolution und ihren Folgen, die Hunderttausende deutscher Soldaten bei ihrem Vormarsch im Osten 1918 aus eigener Anschauung erlebt hatten.

## Angesichts der Brüche und Gräben bot das Wahlergebnis eine erstaunliche Kontinuität.

So war auch das wichtigste Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung, dass es zu einer Koalition aus SPD und bürgerlich-demokratischen Parteien keine Alternative gab. Die „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und DDP/DDP formierte sich, jene Kräfte, die bereits in der Endphase des Kaiserreichs dessen parlamentarische Vorantreiber waren. Dafür stand auch die wesentlich verbreiterte Legitimationsbasis der Nationalversammlung. Zwar war die Wahlbeteiligung gegenüber 1912 mit 83 Prozent (1912: 85) fast gleich geblieben. Aber statt 12,2 Millionen Männern ab 25 Jahren waren nach dem Wahlgesetz vom 30. November 1918 nun bereits die 20-Jährigen zur geheimen und gleichen Wahl aufgerufen, Männer und Frauen, knapp 36,8 Millionen insgesamt. Doch die SPD, der sich vor allem die Durchsetzung des Frauenwahlrechts verdankte (siehe Seite 11),

profitierte wenig davon. Viele Frauen gaben bürgerlichen bis konservativen Parteien ihre Stimme, in katholischen Regionen dem Zentrum. Dafür gelang es der SPD, die Landarbeiter Ostelbiens für sich zu mobilisieren. Erstaunlich ist auch, dass das Gros der heimkehrenden Soldaten für demokratische Parteien votierte. Nationalistische und völkische Gruppierungen am äußersten rechten Rand sollten sich erst später formieren, dann aber sehr schnell mit ihren Deutungsmustern von Niederlage und Not zu wählbaren Alternativen aufsteigen. Gleichwohl bot das Wahlergebnis eine Kontinuität, die angesichts der Brüche und Gräben in der deutschen Gesellschaft erstaunlich anmutet. Ein Grund mag ausgerechnet das allgegenwärtige Gefühl der Heimatlosigkeit gewesen sein. Wo allenthalben Weltbilder, Gewissheiten, Loyalitäten und Familienbände zerbrachen, lag der

Rückgriff auf traditionelle „Gesinnungsgemeinschaften“ nahe, als die die deutschen Parteien seit 1848 beschrieben werden: „Jede Partei hält sich selbst für den Sachwalter des Ganzen, erhebt einen ans Religiöse streifenden Anspruch auf Allgemeingültigkeit und verspricht ihrer Anhängerschaft, eher Kirche als Interessenvertretung zu sein“, hat es der Historiker Hagen Schulze formuliert. Im konstitutionellen Monarchismus des Kaiserreichs wurden derartige Weltanschauungsparteien konservativ. Statt im Rahmen eines parlamentarischen Systems praktische Politik und damit Machtwillen und Kompromissfähigkeit im Sinne des Gemeinwohls einzubringen, verharteten sie weiterhin als Interessenvertreter fest umrissener Gruppen, die das Regieren Vertretern der alten Elite und der aus ihr rekrutierten Beamtenschaft überließen. Das Bündnis aus ostelbischen Großagrar-

## Auf die gewachsenen Aufgaben waren die Parteien gar nicht vorbereitet.

ern und konservativer Industrie-Bourgeoisie hatte sich zudem mit dem Dreiklassenwahlrecht nach dem Steuerzensus im mächtigen Bundesstaat Preußen ein Bollwerk geschaffen, das erst im Zuge der Revolution von 1918 geschleift wurde. Denn im Bundesrat, der Länderkammer, besaß das Land Preußen eine Sperrminorität. Es ist eine tragische Ironie der Geschichte, dass die Führung der SPD sich von der Parlamentarisierung des Reiches den Durchbruch der Demokratie erhoffte, mit Parteien, die gar nicht darauf vorbereitet waren, den gewachsenen Aufgaben nachzukommen. Auf jeden Fall verzichtete die SPD-Führung darauf, maßgeblichen Einfluss auf die künftige Verfassung zu nehmen, sondern überließ es dem linksliberalen Staatsrechtler Hugo Preuß, die rechtlichen Grundlagen der Republik zu formulieren. Der Mitbegründer der DDP, der im November 1918 zum Staatssekretär des Inneren berufen worden war, zählte zudem zu den bürgerlichen Fachleuten, mit denen der Schulterschluss wesentlich leichter fiel als mit den Sozialisten auf der Linken, die einer radikalen Umgestaltung der Gesellschaft das Wort redeten. Nicht einmal der zentralistische Staatsaufbau, den Preuß in seinem ersten Entwurf durchaus im Einklang mit der SPD-Führung vorgeschlagen hatte und der die Niwellerung Preußens bedeutet hätte, konnte sich durchsetzen. Nicht nur protestierte Bayern gegen eine Erosion der Länderbefugnisse, sondern auch die mehrheitlich von SPD und USPD gestellten Regierungen in anderen Gliedstaaten erhoben massiven Widerspruch.

**Grundsatzentscheidungen** Anstatt nun eine grundsätzliche Diskussion zu eröffnen, setzte man auf eine Beschleunigung des Verfahrens. Bereits am 8. Februar, zwei Tage, nachdem die Nationalversammlung in Weimar erstmals zusammengekommen war, legte Preuß den Entwurf für das „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“ vor. Mit ihm sollten die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die weitere Arbeit festgezurrt werden. Bereits am 10. Februar wurde das gerade einmal zehn Paragraphen umfassende Gesetz ohne große Debatte verabschiedet.

Damit waren zwei Grundsatzentscheidungen getroffen: Die Republik würde kein Einheitsstaat werden. Über einen „Staatenausschuss“ wurde den „Freistaaten“ wichtige Mitspracherechte eingeräumt. Er sollte zum Vorläufer des „Reichsrats“ werden. Und die Führung der „Geschäfte des Reichs“ wurden dem „Reichspräsidenten“ anvertraut, dem zudem die Berufung der Reichsregierung oblag. Der später in die Verfassung eingeschriebene Dualismus von Parlament und Präsident schien bereits auf und sollte sich denn auch bis 1933 als dauerhaft erweisen.

Unter dem Druck, angesichts von Demobilisierung, Versorgungskrisen, sozialen Verwerfungen und den Angriffen von links und rechts vor dem Abschluss der Friedensverhandlungen mit den Siegermächten handlungsfähig zu werden, verzichtete die „Weimarer Koalition“ auf eine detaillierte Prüfung des Gesetzes. Einen Tag später, am 11. Februar, wählte die Nationalversammlung Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der SPD, zum Reichspräsidenten. Noch am gleichen Tag erhielt Philipp Scheidemann den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts, das am 13. Februar ernannt wurde.

Als Eberts Wahl mit 277 von 379 Stimmen verkündet wurde, saß Theodor Wolff, Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, im Saal. Er beschrieb das „kraftvolle Gelöbnis“ des Gewählten, „und als er mit einem Hoch auf Volk und Vaterland endete, jubelte fast die ganze Nationalversammlung“. Fast, denn rund 40 Abgeordnete der Koalition hatten ihm die Stimme verweigert. Viele Parlamentarier wurden die Schatten der Vergangenheit nicht los. Auch Wolff stellte über die vorläufige Verfassung ernüchtert fest, dass sie „stets vom Reiche und vom Reichspräsidenten“ spreche. „Das Wort ‚Republik‘, konstatierte Wolff, enthalte sie nicht.“

Berthold Seewald

Der Autor ist leitender Redakteur für Kulturgeschichte bei der „Welt“.

## Friedrich Ebert

Der Kaiser dankte ab, Philipp Scheidemann rief die Republik aus - und plötzlich stand ausgerechnet der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert an der Spitze der Revolutionsregierung. Überzeugt davon, dass nur eine verfassungsgebende Versammlung zwischen der künftigen Staatsform – Monarchie oder Republik – entscheiden könne, hatte er bis zuletzt vergeblich versucht, den gewaltsamen Umbruch zu verhindern. Doch Max von Baden übergab Ebert eigenmächtig sein Amt – und der Revolutionär wider Willens sah es fortan als seine Aufgabe an, die Revolution schnellstmöglich zu beenden und in parlamentarische



© picture-alliance/akg-images

Bahnen zu lenken. Nach den Wahlen am 19. Januar 1919 wählte die seit dem 6. Februar in Weimar tagende Nationalversammlung Ebert zum Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Der wollte ein überparteilicher Versöhner sein, ein Staatsoberhaupt aller Deutschen.

Doch der Volksschulabsolvent, 1871 in Heidelberg geboren und zum Sattler ausgebildet, wurde von radikalen Linken und rechten Nationalisten gleichermaßen angefeindet. Erstere hatten eine sozialistische Revolution nach russischem Vorbild angestrebt und sahen in Ebert nun einen Verräter der Arbeiterklasse. Letztere diffamierten ihn als Vaterlandsverräter. In einem Prozess, den ein Journalist gegen ihn anstregte, stellte das Gericht 1924 fest, dass Ebert wegen seiner Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 Landesverrat begangen habe. Der überzeugte Demokrat, gewillt seinen Ruf zu retten, zögerte daraufhin eine ärztlich empfohlene Behandlung weit hinaus. Am 28. Februar 1925 starb Ebert 52-jährig an einer Blinddarmentzündung. Johanna Metz

## Die Dichter waren dran

**BAYERN** Die Münchener Räterepublik währte nur kurz und endete mit einem Blutbad

Ein Revolutionär sei er gewesen, mit dem Staat zu machen war, so hat es der Publizist Sebastian Haffner einmal beschrieben. Doch Kurt Eisner, „ein Bilderbuch-Intellektueller mit Bart und Brille und Bohème-Allüren“ blieb nur wenige Wochen Regisseur und Hauptdarsteller einer „Ein-Mann-Schau“ in Bayern, das sich 1919 zu einem Zentrum des Rätegeschehens entwickelt hatte. „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt! Bayern ist fortan ein Freistaat!“ hatte Eisner, einst Redakteur des „Vorwärts“ und Mitglied der USPD, am 8. November im Münchner Mathäserbräu gerufen und nach der Wahl durch Soldaten- und Arbeiterräte als Bayerns Ministerpräsident regiert. Kein Schuss war gefallen bei dieser Revolution, doch nach der Ermordung Eisners durch einen Rechtsradikalen im Februar 1919 geriet der Freistaat in einen Strudel der Gewalt. Revolutionäre wie

Ernst Niekisch riefen im April 1919 die bayerische Räterepublik aus und erklärten die nach Wahlen gerade erst gebildete SPD-geführte Regierung für abgesetzt. In der Räterepublik gaben pazifistisch gesinnte Intellektuelle wie Ernst Toller, Erich Mühsam und Gustav Landauer den Ton an, nach einem Putschversuch und permanenten Angriffen durch Freikorpsverbände übernahmen KPD-Mitglieder wie Eugen Leviné und Max Levien das Kommando: Beide stammten aus Russland, von rechts wurde die Angst vor einer „russischen Bolschewisierung“ geschürt. Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) beschloss Mitte April den Einsatz der Reichswehr, um dem „Karneval des Wahnsinns“ ein Ende zu setzen. Am 2. Mai 1919 unterlag die Räterepublik und ihre „rote Armee“ der Übermacht der „weißen Armee“ von 35.000 Reichswehr- und Freikorpsoldaten. Teile

dieser Freikorps übten in München eine einwöchige Terrorherrschaft aus, ihrem Einmarsch fielen 335 Zivilisten zum Opfer. Führenden Sympathisanten der Räterepublik und Hunderte Protagonisten oder vermeintliche Sympathisanten wurden von Freikorpsverbänden ermordet, von Standgerichten zum Tode oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die bürgerliche Rechtsregierung unter Gustav von Kahr machte Bayern dann ab 1920 zu einer „Ordnungszelle“, der Freistaat wurde zu einem Rückzugsort für straffällig gewordene Rechtsextremisten. ahe

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



CHRONIK

**10.12.1918** Ebert begrüßt von der Front heimkehrende Divisionen vor dem Brandenburger Tor mit den Worten: „Kein Feind hat euch überwunden.“ Die kriegsmüden Truppen laufen kurz darauf auseinander.

**14.12.** Rosa Luxemburg veröffentlicht das Programm des Spartakusbundes.

**16.12.** In Berlin kommen Vertreter von Arbeiter- und Soldatenräten aus ganz Deutschland zu einem Reichskongress zusammen, auf dem die MSPD eine breite Mehrheit hat. Während der bis zum 21. Dezember dauernden Beratungen votiert der Kongress klar gegen die Schaffung eines Räteystems und entscheidet sich für den 19. Januar 1919 als Wahltermin für die Nationalversammlung. Ferner bildet er einen „Zentralrat“, der die Regierung kontrollieren soll. Ihm gehören nur MSPD-Vertreter an, da die USPD die Wahl boykottiert.



Zerstörtes Portal des Schlosses

**23./24.12.** Im Streit um die Forderung nach einem Abzug der ursprünglich zum Schutz der Regierung bestimmten Volksmarine divisionen aus dem Berliner Stadtschloss besetzen deren Matrosen die

Reichskanzlei, stellen die Regierung unter Arrest und nehmen Stadtkommandant Otto Wels (MSPD) als Geisel, um zurückgehaltenen Sold einzufordern. Am Morgen des 24. Dezember veranlasst Ebert, das Schloss zu räumen, doch ein Angriff regierungstreuer Truppen scheitert. Bei den „Weihnachtskämpfen“ sterben 56 Soldaten der Regierungstruppen und elf Matrosen.

**28./29.12.** Nach einer gemeinsamen Sitzung von Regierung und Zentralrat treten die drei USPD-Volksbeauftragten Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth aus Protest gegen Eberts Vorgehen aus der Regierung aus; für sie rücken Gustav Noske und Rudolf Wissell (beide MSPD) nach.

**30.12.** In Berlin beginnt der dreitägige Gründungsparlament der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD), zu der sich der Spartakusbund und kleinere linksradikale Gruppen zusammenschließen.

**4.1.1919** Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn (USPD) wird entlassen. Als Reaktion rufen Revolutionäre Obleute, USPD und KPD für den nächsten Tag zu einer Massendemonstration in Berlin auf.

**5.1.** Während der Großdemonstration werden Pressegebäude – unter anderem des sozialdemokratischen „Vorwärts“ – besetzt. Ein Revolutionsausschuss unter Vorsitz von Karl Liebknecht (KPD) sowie je eines Vertreter von USPD und Revolutionären Obleuten wird gebildet.

**6.1.** Der Revolutionsausschuss erklärt den Rat der Volksbeauftragten für abgesetzt. Die SPD ruft ihre Anhänger auf die Straßen des Regierungsviertels. Der Rat der Volksbeauftragten beschließt die Schaffung loyaler militärischer Verbände, Noske übernimmt den militärischen Oberbefehl: „Einer muss der Bluthund werden.“

**8.1.** Nach gescheiterten Verhandlungsversuchen zwischen Regierung und Aufständischen zeigt sich der Rat der Volksbeauftragten in einem Aufruf entschlossen zur gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands: „Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden.“

**9.1.** Der Revolutionsausschuss ruft zum Generalstreik auf.



Regierungstruppen während des Januar-Aufstandes 1919 in Berlin

**11.1.** Regierungstruppen stürmen das „Vorwärts“-Gebäude und die besetzten Pressehäuser.

**12.1.** Mit der Sturmung des Polizeipräsidiums durch Regierungstruppen endet der Januar-Aufstand, bei dem insgesamt 165 Menschen ums Leben gekommen sind.

**13.1.** Freikorps rücken in Berlin ein.

**15.1.** Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden von Freikorpsoldaten verhaftet, misshandelt und ermordet. (Weiter S. 10) ||



Die Republik feiert sich selbst: Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD, 5. von links) schreitet auf der Verfassungsfeier am 11. August 1922 mit Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum, 4. von links) und General Hans von Seeckt (3. von links) eine Ehrenkompanie ab.

# Fixierung des Neuen

**VERFASSUNG** Die Weimarer Konstitution blieb ohne dauerhafte Integrationskraft

Der 11. August avancierte ab 1921 zum Nationalfeiertag der Weimarer Republik. Zwei Jahre zuvor hatte an jenem Tag Reichspräsident Friedrich Ebert die neue „Verfassung des Deutschen Reichs“, die am 14. August 1919 in Kraft trat, im thüringischen Schwarzburg unterzeichnet. So sehr die Wahl des Verfassungstags auf eine den Streit der politischen Lager überwältigende Verbundenheit mit der neuen Verfassung zielte, so mangelte es ihr doch gerade daran. Hat sich für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit der Zeit die Rede von einem daran geknüpften „Verfassungspatriotismus“ eingebürgert, fehlte im Weimarer Fall ungeachtet der Wahl des Verfassungstags eine entsprechende Euphorie. Hugo Preuß, linksliberaler Staatsrechtslehrer und Hauptautor der Weimarer Verfassung, hielt sie für „nicht im Sonnenglanz des Glückes geboren“. Mochte sie der erste Präsident der Nationalversammlung und SPD-Minister Eduard David nach ihrer Verabschiedung im Parlament am 31. Juli 1919 (mit 262 zu 75 Stimmen, bei 84 abwesenden Abgeordneten) als die „demokratischste der Welt“ preisen, so dominierte doch Skepsis. Gedämpfte Leidenschaft prägte schon den Prozess der Verfassungsgebung. Das hatte mehrere Ursachen. Die wichtigste war in der

Kriegsniederlage und den als überaus hart und ungerecht empfundenen Friedensbedingungen von Paris zu erkennen. Die Diskussion über den Friedensschluss überlagerte die Verfassungsberatungen sowohl zeitlich als auch emotional. Die Weigerung, dem Versailler Vertrag zuzustimmen, führte zum Ausscheiden der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) aus der „Weimarer Koalition“ mit Sozialdemokraten und Zentrum. So verabschiedete sich die eigentliche Verfassungspartei, der auch Preuß angehörte, aus der Regierung. Hierin deutet sich ein weiterer Grund dafür an, warum die Arbeit an der Verfassung vergleichsweise wenige politische Energien freisetzte: Es war eine im Kern bürgerliche Verfassung, vorangetrieben indes von der nominell stärksten sozialistischen Kraft, den gemäßigten Sozialdemokraten unter Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann. Ihren Anhängern war nicht leicht zu vermitteln, warum die neue Verfassung nicht vorrangig an den Massen der Arbeiterbewegung ausgerichtet war, hatten sie doch wesentlich die Revolution im Herbst 1918 vorangetragen. Wie ein Hintergrundrauschen blieb in ihren Reihen der Satz präsent: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel.“ Grob betrachtet, schlugen zwei Herzen in der Brust der Sozialdemokratie, die sowohl die Partei der Revolution war als auch jene

ihrer Einhegung. Ihre tonangebenden Köpfe waren insofern revolutionär, als sie den radikalen und doch auf Kontinuität basierenden Systemwechsel von der konstitutionellen Monarchie hin zur parlamentarischen Demokratie forcierten, auf einen kompletten gesellschaftlichen Umbau im Sinne marxistischer Vorstellungen aber verzichteten. Ein Signal in diese Richtung war der frühzeitige Rückgriff auf bürgerliche Expertise bei der Verfassungsschöpfung. Schon am 15. November 1918 betraute der Rat der Volksbeauftragten Preuß als frisch gekürten Staatssekretär des Reichsamtes des Innern mit dieser Aufgabe. Preuß, dem Wort des Juristen Walter Jellinek nach der „am weitesten links gerichtete Staatsrechtslehrer des damaligen Deutschlands“, betrachtete es als „Aufgabe des Verfassungsentwurfs“, so drückte er es Anfang 1919 aus, „des politischen und staatsrechtlichen Niederschlag der Revolution festzulegen“. Diese Formulierung brachte auf den Punkt, dass die durch das Verfassungswerk zu dokumentierenden Grundsatzentscheidungen schon gefallen und nicht erst in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung auszuhandeln waren. Dies entsprach einer widersprüchlichen Lage: Die Mehrheitssozialdemokratie setzte ganz auf die Bildung einer Konstituante, die als demokratisch legitimes Organ die Verfassung hervorbringen sollte – einerseits. Andererseits waren große Grundsatzdebatten im Parlament nicht mehr zu führen, weil die wesentlichen Pfeiler der neuen Verfassung bereits eingeschlagen worden waren – nicht zuletzt die Staatsform der Republik und ihre Verfasstheit als parlamentarische Demokratie, aber auch die Reform des Wahlrechts, das nun auch Frauen einschloss.

Die Parlamentarisierung des Reiches war 1918 schon vor der Novemberrevolution weit vorangeschritten, als – im Rahmen der Reichsverfassung von 1871 – mit den „Oktoberreformen“ der Wechsel von der konstitutionellen hin zur parlamentarischen Monarchie vollzogen wurde (siehe Seite 4). Erst am 9. November folgte dann die Revolution im staatsrechtlichen Sinne, als Prinz Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündete, das Amt des Reichskanzlers in Eberts Hände legte und Scheidemann die Republik ausrief. Ein Zurück zur Monarchie war undenkbar geworden. In den folgenden Wochen rangen die Mehrheitssozialdemokraten – letztlich erfolgreich – um die Schaffung einer parlamentarischen, verfassungsstaatlich abgestützten Demokratie anstelle von Räteexperimenten, die sie in letzter Konsequenz für undemokratisch hielten und mit denen sie – im schlimmsten Fall – „russische Verhältnisse“ verbunden sahen. Dies schlug sich bereits im ersten Preußischen Verfassungsentwurf und im Ge-

**Für Verfassungspatriotismus fehlte Weimar eine entsprechende Euphorie.**

**An ihrem modernen Verfassungswerk war die Republik nicht gescheitert.**

## Die Lehren aus Weimar

**GRUNDGESETZ** In wichtigen Punkten weicht unsere Verfassung von ihrer Vorgängerin ab

Bevor sich der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 in Bonn konstituierte, um elf Monate später das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ zu verabschieden, beriefen die westdeutschen Ministerpräsidenten im August 1948 den „Verfassungskonvent Herrenchiemsee“ ein. Hier erarbeiteten die Verfassungsexperten aus den deutschen Ländern in nur 13 Tagen einen ersten Verfassungsentwurf, der dem Parlamentarischen Rat bis zum Abschluss seiner Arbeiten als Orientierungshilfe dienen sollte. Grundlage des Entwurfs von Herrenchiemsee war die Weimarer Verfassung. Von ihr stammten viele wörtliche Formulierungen bis hin zur Anreihung und Zählung der einzelnen Artikel. Das überrascht auf den ersten Blick, denn längst waren bei Verfassungsrechtlern die Schwächen der Weimarer Verfassung bekannt, die zum „Scheitern“ der Weimarer Republik 1933 beitrugen. Doch die Experten auf dem Verfassungskonvent Herrenchiemsee beabsichtigten, auch das zukünftige Grundgesetz in die deutsche Verfassungstradition zu stellen, die mit der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848/49 begann. So interessierte sich der Parlamentarische Rat kaum für die Verfassungen anderer

Staaten. Lediglich die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet worden war, fand lebhaft Beachtung bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes. Die Grundrechte waren zwar schon in der Weimarer Reichsverfassung als Staatsziele bezeichnet worden. Doch dem Grundgesetz zufolge stellen sie unmittelbar geltendes Recht dar, das die gesamte Staatsgewalt – einschließlich den Gesetzgeber – bindet. Menschen- und Bürgerrechte wurden als einklagbare subjektive Rechte formuliert. Die Grundrechte erhielten in Artikel 19 Absatz 2 des Grundgesetzes eine besondere Stärkung. Sie dürfen zwar geändert, aber nicht in ihrem Wesensgehalt angetastet werden. Ohnehin wurden Verfassungsänderungen an eine Zweidrittelmehrheit gebunden und so grundsätzlich erschwert. Eine Lehre aus der Parteigeschichte der Weimarer Republik war die verfassungsmäßige Regelung, dass die politische Willensbildung in den Parteien stattfinden sollte. Damit sollte dauerhaft die Bildung eines Einparteiensystems verhindert werden. Gleichzeitig wurde aber die Möglichkeit geschaffen, verfassungsfeindliche Parteien zu verbieten.

Aufgrund schlechter Erfahrungen im Jahr 1929 entschied der Parlamentarische Rat, Plebiszite zu vermeiden. Gestärkt wurde im Vergleich zu Weimar die verfassungsrechtliche Stellung des Kanzlers, die des Staatsoberhauptes dagegen geschwächt. Auch die Auflösung des Bundestages wurde erschwert. Denn es war ein struktureller Fehler der Weimarer Verfassung, dass sich die Nationalsozialisten auf scheinbar verfassungsrechtlich legale Weise den Weg in die Diktatur gebahnt hatten. „Bonn ist nicht Weimar“ lautete 1956 der Titel eines Buches, das die Bonner von der Weimarer Verfassungswirklichkeit abgrenzt. Eine Verfassung muss aber mit Leben gefüllt werden; und Demokratie findet in Parlamenten statt. Dass die junge „Bonner Demokratie“ diese erfreuliche Entwicklung nahm, war dem Grundgesetz, aber auch der Geschäftsordnung und ihrer Anwendung im Bundestag geschuldet. Es dauerte bis 1960, dass Friedrich Karl Fromme die überraschende Feststellung formulieren konnte, dass das Grundgesetz nur „eine modifizierte Neubelebung“ der Weimarer Verfassung sei. *Michael F. Feldkamp* ||

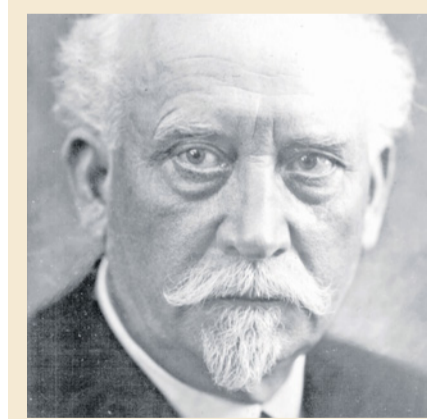
Der Autor arbeitet als Historiker in der Verwaltung des Deutschen Bundestages.

setz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 nieder, das die wichtigsten Verfassungsorgane – mit dem Reichstag als Kernelement des neuen parlamentarisch-demokratischen Legitimationsprinzips – fest schrieb. Die entscheidenden Verfassungsberatungen fanden – ungeachtet dreier Lesungen mit der Schlussabstimmung am 31. Juli 1919 – nicht im öffentlichen Plenum der in Weimar tagenden Nationalversammlung statt, sondern hinter verschlossenen Türen im Verfassungsausschuss. Gegenüber Preuß Wunschorstellungen kam es zu zwei wichtigen Änderungen: Entgegen seiner Forderung nach einem unitarischen Modell blieb es bei einer föderativen Reichsstruktur, allerdings mit einem höheren Grad an zentralen Befugnissen als im Kaiserreich. Außerdem forderten schon die Volksbeauftragten in einer ersten Reaktion auf Preuß Konzept die Einführung eines Grundrechtsteils. Am Ende gliederte sich die Verfassung in zwei Hauptschnitte: „Aufbau und Aufgaben des Reichs“ sowie „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“.

**Dissens um Grundrechte** Ganz ohne Streit blieben die Verfassungsdebatten indes nicht, wenngleich „herausragende politische Köpfe“ fehlten, wie der Historiker Reinhard Rürup kritisch bemerkte, und die Nationalversammlung „unter einem deutlichen Mangel an Ideen, Energie und Selbstbewusstsein“ litt. Wenig kontrovers wurden in den Beratungen die Fragen rund um Staatsform und Staatsaufbau ausgetragen. Selbst die Konstruktion eines starken Reichspräsidenten als eine Art „Ersatzkaiser“ und Gegengewicht zu einem nicht nur von Preuß befürchteten „Parlaments-Absolutismus“ löste keinen durchdringenden Widerspruch aus. Das galt sogar für den später so angeprangerten Notstandsparagraphen 48. Für mehr Streit sorgte der in der Tradition der Paulskirchen-Verfassung von 1848 stehende Grundrechtsteil. Preuß hätte ihn gerne aus der Verfassung herausgehalten, erkannte er darin doch zu Recht ein Einfallstor für Dissens. Ihn rangen die von Partikularinteressen getriebenen Parteien am stärksten miteinander – zumal in diesen Passagen nicht nur Individual-, sondern auch Gemeinschaftsrechte festgeschrieben wurden. Am Ende fand sich darin, so Rürup, eine „Aneinanderreihung der unterschiedlichsten Forderungen, ein Nebeneinander von sozialistischen, liberalen, konfessionellen und konservativen Normen und Zielvorstellungen“. Früh zeigte sich hier, dass es die Verfassung schwer hatte, eine allgemeine Konsensbasis oberhalb der heterogenen Interessen der einzelnen Weltanschauungs- und Milieu-Parteien zu behaupten.

**Viel Kritik** Seit jeher stand die Weimarer Verfassung in der Kritik. Hoben die einen ihren Kompromisscharakter und innere Widersprüchlichkeiten hervor, erkannten die anderen darin – zumal nach Hitlers Machtübernahme 1933 – durchweg eine Fehlkonstruktion. Beklagt wurde zuvorderst der Dualismus zwischen einem demokratischen Parlamentarismus und einem zu autoritärer Herrschaft neigenden Präzidentalismus. Das Motto der frühen Bundesrepublik „Bonn ist nicht Weimar“ bezog sich nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Verfassungen der beiden deutschen Demokratien. Dabei war die Weimarer Republik nicht an ihrem modernen Verfassungswerk gescheitert, sondern vorrangig daran, dass sein Geist sich nur allzu selten in der gelebten Verfassungswirklichkeit niederschlug. Die Weimarer Verfassung darf insofern, wie es der frühere Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm einmal ausdrückte, als „glücklos“, aber nicht als von vornherein „missglückt“ gelten. *Alexander Gallus* ||

Der Autor ist Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Chemnitz.



**Philipp Scheidemann**

„Scheidemann kommt schnell, vom Schlossbalkon aus redet Liebknecht“, mit diesen Worten sollen Arbeiter und Soldaten ihn zur Rede gedrängt haben. Es ist der 9. November 1918, Aufruhr im Reich, Reichskanzler Prinz Max von Baden hat die Abdankung des Kaisers erklärt, der Linksrevolutionär Karl Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen. „Deutschland eine russische Provinz? Eine Sowjetfiliale? Nein! Tausendmal nein!“, so hat der

Sozialdemokrat seine Erinnerung an den 9. November beschrieben. Mit der Ausrufung der Republik auf dem Balkon des Reichstags macht er Geschichte: „Das alte Morsche ist zusammengebrochen! Es lebe die deutsche Republik!“ Scheidemann, geboren 1865 in einer Handwerkerfamilie in Kassel, gelernter Schriftsetzer und Buchdrucker, später Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen, ist zwischen 1913 und 1918 SPD-Fraktionschef und wird 1919 Reichsministerpräsident des Übergangskabinetts einer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP. Zum Stolperstein wird ihm die Ablehnung des Versailler Vertrags: „Welche Hand müsse nicht verdorren, die sich und uns diese Fessel legt?“ Als die Regierung sich dem wohl Unvermeidlichen fügen muss, tritt er zurück. Wie kaum ein anderer wurde er als Verkörperung der jungen Republik zur Hassfigur von Rechts- und Linksradikalen. Mit Glück überlebte er 1922 einen Mordanschlag der rechtsextremen „Organisation Consul“. Die Nazis entzogen 1933 dem von ihnen als „Novemberbrecher“ Verunglimpften die Staatsbürgerschaft, Scheidemann verstarb 1939 im Exil in Kopenhagen. *Alexander Heinrich* ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# »Paradoxe Revolution«

**ANDREAS WIRSCHING** Der Münchener Historiker über die Unzufriedenheit der Revolutionäre von 1918 mit dem Verlauf und den Ergebnissen des Umsturzes

**Herr Professor Wirsching, Sie haben den 9. November 1918 einmal als „paradoxe Revolution“ bezeichnet. Was haben Sie damit gemeint?**

Dieses Schlüsseldatum der deutschen Geschichte ist paradox, weil keine bedeutende historische Kraft oder politische Strömung in Deutschland die Revolution in dieser Form gewollt hat oder mit ihren Ergebnissen zufrieden gewesen ist. Am ehesten gilt das noch für die Sozialdemokratie, die zu dieser Zeit selbst mehrheitlich keine revolutionäre Partei mehr war. Die SPD mit Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann an der Spitze war evolutionistisch eingestellt, auf parlamentarische Entwicklung hin orientiert. Ein revolutionärer Bruch wie 1918 war von ihr nicht beabsichtigt. Die radikale Linke, also große Teile der USPD und der Spartakusbund, betrachteten dagegen die Ergebnisse der Revolution als Verrat an den Interessen der Arbeiterbewegung. Die Träger der Revolution und diejenigen, die es hätten sein können, waren mit ihrem Verlauf nicht einverstanden. Und das gilt natürlich erst recht für die Gegner der Revolution, für die Vielzahl an monarchistisch eingestellten Bürgerlichen und Aristokraten.

**Das Deutsche Reich war 1918 nach vier Jahren Krieg und sich abzeichnender Niederlage ein ausgezehrt Land. Wie erklärt sich dieser plötzliche revolutionäre Schwung?**

Die Unzufriedenheit war schon länger greifbar, vor allem nachdem ab 1916 die Versorgungslage schlechter wurde und die Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften wuchsen. In den letzten Kriegsmontaten wurde Kaiser Wilhelm II. zunehmend als Friedenshinderung wahrgenommen und so richtete sich der Unmut auch gegen das monarchische Oberhaupt. Eine Rolle spielte außerdem eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit der Reformunfähigkeit des Kaiserreiches, sichtbar etwa am Dreiklassenwahlrecht in Preußen, dessen Abschaffung viele gefordert hatten und das erst im Zuge der Oktoberreformen 1918 fiel. Es ist ein Beispiel, das zeigt, wie schwer es diesem Kaiserreich fiel, sich parlamentarisch und demokratisch zu öffnen.

**Gelegentlich ist die Rede von einer verspäteten oder gar überflüssigen Revolution. Was ist damit gemeint?**

Die Verfassungsänderung, die das Reich zu einer parlamentarischen Monarchie machen sollte, kam viel zu spät. Das hat man im Oktober 1918 gewissermaßen per Dekret von oben versucht durchzusetzen. Der Impuls kam von der Obersten Heeresleitung, von Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, und zwar erst im Angesicht der drohenden Kriegsniederlage. Man wollte Deutschland insbesondere gegenüber US-Präsident Woodrow Wilson als ein demokratisches Land darstellen, um bessere Bedingungen für Friedensverhandlungen zu erreichen. Das war dieselbe Heeresleitung, die sich innenpolitischen Reformen während des Krieges strikt verweigert hatte. Wenn die Oktoberreformen Zeit gehabt hätten, integrativ zu wirken, wenn sich ein neuer Reichstag hätte konstituieren können, dann hätte gelingen können, was schließlich durch die Revolution 1918 erreicht wurde: der Übergang zu Demokratie und Parlamentarismus.

**Haben Sie eine Erklärung dafür, warum eine solch offenkundige Verdrehung der Tatsachen wie die Dolchstoßlegende bei so vielen Zeitgenossen verfangen konnte?**

Die große Mehrheit der Deutschen war 1918 überzeugt, einen Verteidigungskrieg zu führen und auch 1914 in einen solchen Verteidigungskrieg gegangen zu sein. Das ist insofern paradox, als der Krieg nicht auf deutschem Boden stattfand. Im März 1918 endete der Krieg im Osten mit dem Frieden von Brest-Litowsk, der hochfliegende Hoffnungen auf einen „Siegfrieden“ auch im Westen weckte. Und innerhalb kürzester Zeit wird den Deutschen dann im Herbst 1918 klar, dass dieser Krieg verloren zu gehen droht und man einen Waffenstillstand bedingungslos zu akzeptieren habe. In solchen Situationen neigen Menschen zu ein-

fachen Erklärungen des eigentlich Unerklärlichen und die vermeintlich einfachste Erklärung war die Dolchstoßlegende, nach der Sozialdemokraten und Juden im Inneren die Niederlage herbeigeführt hätten. Diese Behauptung, mit der sich die Oberste Heeresleitung auch von ihrer Mitverantwortung für die Kriegsniederlage reinwaschen wollte, ist eine sehr schwere Hypothek für die Weimarer Republik gewesen. Auch die verbreitete Vorstellung, man sei „im Felde unbesiegt“ geblieben und hätte den Krieg dank der stärkeren Bataillone gewinnen können, war mit Blick auf den Kriegseintritt der USA eine Illusion.

**Friedrich Ebert hasste die Revolution „wie die Sünde“, Gustav Noske ließ als „Bluthund“ auf Aufständische schießen. Gab es ein Misstrauen führender Sozialdemokraten gegenüber dem Treiben der Arbeiter- und Soldatenräte?**

Es gab bei der Mehrheits-SPD die große Sorge, dass es nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution eine Sowjetisierung Deutschlands geben könnte. Außerdem wollten die Sozialdemokraten nicht die Machtausübung einer Minderheit institutionalisieren, sondern mit freien und gleichen Wahlen zu einer Nationalversammlung den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie gestalten. Seit sich die SPD 1914 über die Frage der Bewilligung von Kriegskrediten zerstritten und später gespalten hatte, gab es eine starke Agitation von links, die diesen evolutionären Weg diskreditierte, weil er letztlich nur die Herrschaft des Kapitals stabilisierte.



Andreas Wirsching

© picture-alliance/Matthias Balk/dpa

**„Die SPD mit Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann an der Spitze war mehrheitlich keine revolutionäre Partei mehr, sondern evolutionistisch eingestellt, auf parlamentarische Entwicklung hin orientiert.“**

Andreas Wirsching

**Aus Sicht der SPD-Führung stand das Land 1918/19 vor der Wahl zwischen Bolschewismus oder parlamentarischer Demokratie und der Preis für die letztere sei der Pakt mit den alten Eliten. Wie hat die Wissenschaft diese These beurteilt?**

Das war bis in die 1960er Jahre die herrschende Meinung in der Geschichtsschreibung. Zu nennen wäre hier etwa Karl Dietrich Erdmann, der das Kapitel zur Weimarer Republik im „Gebhardt“ verfasst hatte, dem Handbuch der deutschen Geschichte. Im Grundbuch der deutschen Geschichte. Dem Handbuch handelt es sich um eine Fortschreibung der Selbstwahrnehmung der Sozialdemokratie. Die Forschung ab den 1960er Jahren mit Eberhard Kolb, Peter von Oertzen und Reinhart Rürup hat diese Lesart widerlegt, weil sie nachweisen konnte, dass die Räte überwiegend demokratisch gesinnt waren und in ihnen jedenfalls keine Parteibolschewisten Leninscher Prägung wirkten.

**Von Kurt Tucholsky ist der Satz überliefert, eine Revolution, die von Pensionsansprüchen der Beamten des alten Systems spricht, gehöre ausgelacht. Hat die SPD-Führung aus Sorge vor einem Bürgerkrieg zu viel bewahrt und zu wenig verändert,**

**wie das der Historiker Heinrich August Winkler einmal beschrieben hat?**

Die These, es hätte gerade mit den Räten ein letztlich nicht ausgeschöpftes Potential zur Demokratisierung und Entmachtung der alten, antidemokratisch eingestellten Eliten gegeben, ist auch von anderen Autoren vertreten worden, insbesondere von Arthur Rosenberg, dem ersten Geschichtsschreiber der Weimarer Republik. Die Frage ist aber berechtigt, ob das sehr legalistische Vorgehen der SPD und des Rates der Volksbeauftragten nach dem Ausscheiden der USPD im Dezember 1918 zu wenig integrativ nach links gewirkt hat.

**Zu welcher Antwort gelangen Sie?**

Ich habe Zweifel, ob der Handlungsspielraum so groß war. Es ist richtig, der Rat der Volksbeauftragten hat sich festgelegt, dass die Pensionen der Beamten sicher sein sollten. Aber man stelle sich vor, er hätte das nicht getan. Die Gegenrevolution war ja präsent, sie drückte sich später im Kapp-Lüttwitz-Putsch und anderen Putschversuchen aus, auch im gewaltsamen Vorgehen vieler Freikorps. All das hätte sich verschärft, wenn sich die Sozialdemokraten für den Weg ei-

ner revolutionären Politik der Rechtsbrüche entschieden hätten.

**Warum ist der 9. November 1918 im Gedächtnis der Deutschen so schwach verankert?**

1918 und die Weimarer Republik sind durch die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnerungspolitisch stark überlagert. Hinzu kommt, dass es eigentlich keine politische Kraft in Deutschland gibt, die sich völlig unzweideutig dieser Revolution angenommen hätte. Am ehesten trifft das tatsächlich auf die SPD zu. Sie hat versucht, die Erinnerung an 1918 hochzuhalten, zum Beispiel mit der Namensgebung für die Friedrich-Ebert-Stiftung oder dem Eintreten für die Gedenkstätte in Eberts Geburtshaus in Heidelberg.

**Ist der Blick auf 1918 noch immer von dem heimlichen Wunsch gelenkt, Weimar nicht scheitern zu lassen und der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert wenigstens gedanklich einen glücklicheren Verlauf zu eröffnen?**

Die Forschung hat sich spätestens seit den 1990er Jahren weitgehend davon gelöst, Weimar vor allem als Geschichte des Schei-

## ZUR PERSON

**Andreas Wirsching ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, zu dessen Arbeitsschwerpunkten Diktaturen im 20. Jahrhundert und Demokratien und ihr historisches Selbstverständnis gehören. Seit 2011 ist er Professor für Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.**

terns zu beschreiben. In den Vordergrund rücken seither Fragen nach den Potentialen und zukunftsweisenden Entwicklungen der Zwischenkriegszeit, die werdende Konsumgesellschaft etwa, die Geschichte der Medien, Berlin als weltweit ausstrahlende Metropole.

**Und wie steht es um die öffentliche Diskussion?**

Lange Zeit hat Weimar als Negativfolie zur Selbstvergewisserung der alten Bundesrepublik gedient unter dem Postulat: Bonn darf nicht Weimar werden. Das gehörte zum Kernbestand der politischen Bildung, hat sich aber nach 1990 verflüchtigt. Heute, wo es neue Erfahrungen mit Regierungsbildungskrisen in einem zunehmend schwierigeren internationalen Umfeld gibt, kommen gelegentliche Warnungen vor Weimarer Verhältnissen wieder hoch.

**Kann man auf die Revolution von 1918 anders blicken als durch das Prisma der Republik, die sie schuf und die 1933 so fundamental scheiterte?**

Die Ausrufung der Republik markierte 1918 das Ende des Kaiserreichs und das Ende einer tausendjährigen monarchischen Geschichte in Deutschland. Insofern kann man das Datum des 9. November natürlich nicht von der dann entstehenden Republik trennen. Man sollte aber nicht immer nur durch die Brille von 1933 schauen.

**Können Sie dafür ein Beispiel geben?**

Der sozialpolitische Ehrgeiz war in der Weimarer Zeit zum Beispiel erheblich. Das ist teils eine Fortsetzung der Bismarckschen Sozialpolitik, nun aber nicht mehr im Sinne von Zuckerbrot und Peitsche gegenüber den Sozialisten, sondern im Sinne von sozialen Grundrechten, die in der Weimarer Reichsverfassung verbriefte sind. Das ist ein großer Fortschritt, der in Form von Arbeitslosenversicherung, staatlicher Fürsorge, in der Sozialpartnerschaft und in Form des Acht-Stunden-Tags Gestalt annahm. Die Weimarer Republik war allerdings auch ein überforderter Sozialstaat, der Ansprüche und Erwartungen weckte, die er am Ende nicht erfüllen konnte. Auch das gehört zur Geschichte des Scheiterns. Schließlich bleibt die Weimarer Republik natürlich bei aller differenzierenden Betrachtung immer auch ein Menetekel für das Aufkommen selbstzerstörerischer Kräfte in einer Demokratie und die Auslieferung an eine verbrecherische Diktatur. Man kann das Jahr 1933 nicht verschwinden lassen.

**Welches sind die größten Errungenschaften der Revolution von 1918?**

Der Durchbruch der Demokratie, die Grundrechte in der Verfassung, ein Schub in der Sozialstaatlichkeit und wenn man das zusammenfassen möchte: der Durchbruch der kulturellen Moderne.

Das Gespräch führte Alexander Heinrich. ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## CHRONIK

**19.1.1919** Wahl der Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Erstmals haben auch Frauen das volle aktive und passive Wahlrecht. Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben – knapp 37 Millionen; die Wahlbeteiligung liegt bei 83 Prozent. Mit 37,9 Prozent geht die MSPD als stärkste Kraft aus der Wahl hervor und bildet mit dem Zentrum, das auf 19,7 Prozent kommt, und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP, 18,6 Prozent) eine Koalition, die über eine Dreiviertel-Mehrheit (76,2 Prozent) verfügt. Die USPD erreicht 7,6 Prozent der Stimmen; die KPD nahm nicht an der Wahl teil.



Wahllokal in Berlin am 19. Januar 1919

**6.2.** Die Nationalversammlung mit ihren 423 Abgeordneten kommt im Deutschen Nationaltheater im politisch ruhigen Weimar zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

**10.2.** Die Abgeordneten verabschieden das „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“, das die Regierungsgewalt bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung regelt. Im Paragraph 1 heißt es: „Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.“

**11.2.** Die Nationalversammlung wählt Friedrich Ebert mit 73,1 Prozent der Stimmen zum Reichspräsidenten.

**13.2.** Philipp Scheidemann wird Reichsministerpräsident; er tritt am 20. Juni zurück, um nicht den Versailler Friedensvertrag unterzeichnen zu müssen. Hugo Preuß (DDP) übernimmt das Amt des Reichsinnenministers. Reichswehrminister ist Gustav Noske. Matthias Erzberger bleibt als Minister ohne Geschäftsbereich weiterhin mit den Friedensverhandlungen betraut.

**16.2.** In Österreich findet die Wahl der konstituierenden Nationalversammlung statt, die unter anderem eine parlamentarische Bundesverfassung beschließen wird. Auch hier können erstmals Frauen das volle Wahlrecht ausüben.

**21.2.** Kurt Eisner wird in München auf dem Weg zur konstituierenden Sitzung des neuen Landtages, auf der er nach der verheerenden Wahlniederlage der USPD vom 12. Januar seinen Rücktritt als bayerischer Ministerpräsident erklären will, von einem nationalistischen Studenten erschossen.

**31.7.** In Weimar beschließt die Nationalversammlung die neue Verfassung für das Deutsche Reich.

**14.8.** Erstmals tritt für Deutschland eine demokratische Verfassung in Kraft. sto |



Die Dolchstoßlegende hat sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs noch lange gehalten, hier illustriert auf einem Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) von 1924.

© picture-alliance/akg-images

# Legende vom Dolchstoß

**SCHULDFRAGEN** Verschwörungstheorien fielen nach der Kriegsniederlage auf fruchtbaren Boden

Am 29. September 1918 forderte der faktische Oberbefehlshaber der deutschen Armee, General Erich Ludendorff, die Regierung in Berlin ultimativ auf, ein Waffenstillstandsgesuch an die Entente zu senden. Zugleich warb er dafür, die Regierung auf eine parlamentarische Basis zu stellen. Zu diesem Zeitpunkt war der Obersten Heeresleitung (3. OHL) klar, dass die strategische und operative Situation der Mittelmächte hoffnungslos waren. Am 1. Oktober sagte Ludendorff dann mit Blick auf die demokratischen Parteien, sie sollten „die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben“. Die ältere Literatur nimmt an, dass der General damit den Keim für die sogenannte Dolchstoßlegende gelegt habe. Allerdings zeigt eine detaillierte Betrachtung, dass die Angelegenheit komplizierter ist. Erstens hat es in der Geschichte wohl keinen Oberbefehlshaber gegeben, der nach einem verlorenen Krieg die Verantwortung bei sich gesucht hätte – schuld waren fast immer andere. Zweitens stellt die Dolchstoßlegende eine typische Verschwörungstheorie dar. Entscheidend ist nicht, dass diese in die Welt gesetzt wurde, sondern dass Millionen Deutsche sie nachweislich geglaubt haben. Hierfür waren wiederum mehrere Gründe verantwortlich. Zum Zeitpunkt der faktischen deutschen Kapitulation waren die Fronten im Westen noch weit von der Heimat entfernt, und das gesamte Osteuropa war von Truppen der Mittelmächte besetzt. Auch wenn die Heimat schwer

unter der alliierten Hungerblockade litt und die Presse ausführlich über die Rückzüge an der Westfront berichtete, schien weiterer Widerstand zumindest möglich zu sein. Für viele Menschen in der Heimat kam das Gesuch nach Waffenstillstand deshalb völlig überraschend. Krisen hatte es in diesem Krieg häufig gegeben, doch stets war es gelungen, die Lage wieder zu stabilisieren. Entscheidend für die spätere Rezeption der Dolchstoßlegende war, dass einem großen Teil der zivilen Bevölkerung die unmittelbare Erfahrung der Niederlage fehlte. Dies stellte einen wichtigen Unterschied zum Ende des Zweiten Weltkrieges dar. Im Moment des Zusammenbruchs waren verschiedene Versionen der Dolchstoßlegende bereits weit verbreitet. Ihre Vorgeschichten gehen bis in den Sommer 1917 zurück, als mehrere Ereignisse die zerstrittene deutsche Gesellschaft noch stärker polarisierten. So entstand im Juli 1917 ein scharfer Konflikt, als der Zentrums-Abgeordnete Matthias Erzberger im Reichstag die Marine scharf angriff, weil diese gefälschte Zahlen über die Versenkungserfolge der deutschen U-Boote in Umlauf gesetzt hatte. In der Folge verabschiedete der Reichstag eine Friedensresolution. Hierzu war er nach der Verfassung nicht berechtigt, und der Schritt hatte auch keine Folgen, weil die Initiative von der Regierung sofort entwertet wurde.

**Verrat** Zugleich bildeten aber die Zentrums- partei, die Mehrheitssozialdemokraten und die Linksliberalen den Interfraktionellen Ausschuss, der bereits den Kern der späteren Weimarer Koalition enthielt. Daraufhin formierte sich auch das rechte Lager neu, und das Wort vom „Verrat“ gegen Burgfrieden und Volksgemeinschaft wurde populärer als zuvor. Die These vom „Verrat“ erhielt weitere Nahrung, als Ende Januar 1918 Massenstreiks einen Teil der Rüstungsindustrie für Tage lahm legten. Arbeiter protestierten gegen die ausufernden Forderungen bei den Friedensverhandlungen mit Russland in Brest-Litowsk. Sie waren bereit, ihre Pflicht zu tun, wollten aber einen schnellen Frieden ohne extreme Annexionen. Als kurz nach dem deutschen Waffenstillstandsgesuch die Matrosen meuterten, weil sie nicht in einem letzten Himmelfahrtskommando buchstäblich verheizt werden wollten und die Revolution in Berlin die Monarchie beendete, fielen vor allem im Bürgertum und in den alten Eliten viele Verschwörungstheorien auf fruchtbaren Boden. Die These von dem lang vorbereiteten Umsturz schien einige Plausibilität beanspruchen zu können.

**Antisemitische Hetze** Im Moment des Zusammenbruchs nutzten verschiedene Interessengruppen – oft unabhängig voneinander – die

Legende vom Dolchstoß als innenpolitische Waffe. So beschloss die Führung des rechtsradikalen Alldeutschen Verbandes bereits vor dem Waffenstillstand, einen Judenausschuss einzusetzen. Dieser hatte die Aufgabe, die Juden für die Niederlage, die sich abzeichnete, verantwortlich zu machen.

Das Weltbild der Alldeutschen war zutiefst durch einen radikalen biologischen Rassismus und Sozialdarwinismus geprägt. Der neu gegründete Deutschwölkische Schutz- und Trutzbund überschwemmte in den folgenden Jahren das Reich mit primitivster antisemitischer Hetz- und Hasspropaganda. Diese traf bei den Unterschichten und den unteren Mittelschichten, die ökonomisch unter der beginnenden Hyperinflation besonders litten, auf erhebliche Resonanz. Dieser Bund hatte zeitweise etwa 400.000 Mitglieder, bevor er wegen Streitigkeiten in unterschiedliche Fraktionen zerfiel. Die Führungsgruppe wurde selbst zum Opfer ihrer immer obskurer werdenden Verschwörungstheorien.

**Wilhelminische Eliten** Ein weiteres Beispiel zeigt, wie Mitglieder der wilhelminischen Eliten ihre eigene Rolle beim Untergang des Kaiserreiches beschönigten. Kuno Graf von Westarp, Chef der preußischen Konservativen Partei, stellte fest, dass die Vorwürfe, der Kaiser sei „getümt“ oder sogar „desertiert“, die Monarchisten wirkungsvoll diskreditierten. Deshalb sammelte er Material für eine pro-monarchische Denkschrift der Generale. Ziel war erstens, den Kaiser vom Vorwurf des Versagens zu entlasten, und zweitens Generalstabschef Paul von Hindenburg aus den Debatten über den Zusammenbruch herauszuhalten, damit er politisch einsatzfähig blieb. Die Wirkung dieser Denkschrift in der Öffentlichkeit war begrenzt, weil sie zu einem ungünstigen Zeitpunkt – der Unterzeichnung des Versailler Vertrages – publiziert wurde. Sie lieferte jedoch

argumentatives Material, das die Generalität in der folgenden Zeit umfassend nutzte.

**Integratives Motiv** Im November 1919 verwendete Hindenburg diese Version der OHL in etwas abgewandelter Form vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung. Das deutsche Heer sei „im Felde unbesiegt“ geblieben, aber von oppositionellen Revolutionären in der Heimat „von hinten erdolcht“ worden. Die neu gegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die seit 1919 eine heterogene Sammlungsbewegung rechter, rechtsradikaler, völkischer und monarchistischer Kreise war, übernahm die Dolchstoßlegende. In mehreren Wahlkämpfen (vor allem 1924) konnte sie mit einer aggressiven und offensiven Propaganda diese unterschiedlichen politischen und sozialen Submilieus an sich binden. Auch andere rechtsextremistische Kreise nutzten den Mythos vom Dolchstoß gegen die Novemberrevolution und die Weimarer Republik, was den Aufstieg und Erfolg der Nationalsozialisten unter Hitler begünstigte. Die Nachfolgeorganisationen der Freikorps spielten eine zentrale Rolle. Diese Einheiten von Freiwilligen waren 1918/19 gebildet worden, weil die neue sozialistische Regierung keine Truppen zur Verfügung hatte, die gegen eine befürchtete bolschewistische Bedrohung hätten eingesetzt werden können.

**Radikalisierte Freikorps** Wie die Forschung der letzten Jahrzehnte eindeutig gezeigt hat, wurde die Furcht vor einer Radikalisierung der Revolution dramatisch überschätzt, aber dieses Faktum war für die handelnden Akteure nicht erkennbar. Die zahlreichen Freikorps, Einwohnereinheiten und Milizen waren anfangs weitgehend unpolitisch, radikalisierten sich 1919 aber erheblich. Besonders die Marinebrigade II (Brigade Ehrhardt), die im Frühjahr 1920 das Fußvolk für den Kapp-Lüttwitz-Putsch stellte, bildete einen erheblichen Unruheherd. Auch für die sogenannten Baltikumfreikorps, die etwa 50.000 Mann umfassten und die im Sommer 1919 versuchten, in Letland einen

unabhängigen „Militär-Siedler-Staat“ zu gründen, war die Dolchstoßlegende eine Tatsache. Für diese Veteranen, von denen viele nach der Auflösung der Freikorps 1919/20 in die Illegalität abtauchten, war der Weltkrieg noch nicht vorbei. Vor einer Erneuerung des Waffenganges musste aber zunächst die Republik, die als schwächlich und zu nachgiebig gegenüber der Entente angesehen wurde, beseitigt werden. Vor allem die terroristische „Organisation Consul“, die auf der Brigade Ehrhardt basierte, baute in München ein umfangreiches konspiratives Netz auf, das von der bayerischen Regierung und der Polizei teilweise geduldet, teilweise auch offen gefördert wurde.

**Der Feind steht rechts** Die Attentate auf Philipp Scheidemann (SPD), Erzberger und Walter Rathenau (DDP) wurden von Aktivisten dieser Organisation geplant und ausgeführt. Der Mord an Erzberger wurde in weiten Teilen des nationalen Bürgertums begrüßt, weil er 1917 die Friedensresolution initiiert, 1918 den Waffenstillstand unterzeichnet und maßgeblich zum Aufbau der parlamentarischen Demokratie beigetragen hatte (siehe Beitrag unten). Rathenau hingegen konnten – abgesehen von seiner jüdischen Herkunft – auch Nationalisten nicht mit dem Dolchstoß in Verbindung bringen. Nach dem Mord kam es zu einer turbulenten Sitzung im Reichstag, bei der Kanzler Wirth (Zentrum) in einer improvisierten Rede sagte: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. Da steht der Feind, und [...] dieser Feind steht rechts.“ Der Tathergang wurde schnell ermittelt, die Hintermänner der Attentate blieben aber unbehelligt oder konnten ins Ausland fliehen. Hier wurde deutlich, dass die Justiz der Weimarer Republik tendenziell „auf dem rechten Auge blind“ war. Dies zeigte sich auch bei dem nachsichtigen Urteil, das Hitler und Ludendorff wegen des Putschversuches vom 9. November 1923 erhielten. Boris Barth |

*Professor Barth ist Historiker und lehrt am Institut für Internationale Beziehungen der Karls-Universität Prag.*

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Parlament 2019

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag den Medienpreis. Mit der Auszeichnung werden hervorragende, in einem Print- oder Online-Medium oder in Rundfunk oder Fernsehen erschienene, publizistische Arbeiten gewürdigt, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen. Der Medienpreis Parlament ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen. ■ Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 30. September 2018 erschienen sein. Einsendeschluss ist der 5. Oktober 2018. ■ Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt. ■ Dem Bewerbungsschreiben sind drei Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit, ein Lebenslauf der Autorin bzw. des Autors sowie die unterschriebene Einverständniserklärung zur Verarbeitung personenbezogener Daten (abrufbar unter [www.bundestag.de/medienpreis](http://www.bundestag.de/medienpreis)) beizufügen.

Eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten entscheidet über die Vergabe des Preises.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag  
Fachbereich WD 1  
Medienpreis Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-38630, Fax: +49 30 227-36464  
E-Mail: [medienpreis@bundestag.de](mailto:medienpreis@bundestag.de)  
Internet: [www.bundestag.de/medienpreis](http://www.bundestag.de/medienpreis)



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



## Matthias Erzberger

Der Finanzexperte der katholischen Deutschen Zentrumspartei, Matthias Erzberger (1875-1921), erahnte seinen frühen gewaltsamen Tod. „Die Kugel, die mich treffen soll, ist schon gegossen“, merkte der Katholik an, kurz bevor er von Aktivisten der nationalistischen und rechtsterroristischen „Organisation Consul“ erschossen wurde. Der hochbegabte und aus einfachen Verhältnissen in Württemberg stammende Erzberger wirkte nach einer Ausbildung zum Volksschullehrer von 1903 bis 1918 als Abgeordneter im Reichstag. Im Herbst 1918 wurde er als Staatsse-



© picture-alliance/akg-images

retär in die Regierung Prinz Max von Baden berufen und leitete die Waffenstillstandskommission, die zum Ende des Ersten Weltkriegs gebildet wurde. Es war Erzberger, der am 11. November 1918 in Compiègne

bei Paris das Waffenstillstandsabkommen unterschrieb, das für das Deutsche Reich harte Bedingungen vorsah: Rückzug aus den besetzten Gebieten, die Abtretung der linksrheinischen Region und die Auslieferung von Waffen. Dieses Abkommen sowie der 1919 gebilligte Versailler Vertrag wurden von vielen Deutschen als Erniedrigung wahrgenommen. Erzberger wurde Anfang 1919 in das Kabinett von Philipp Scheidemann (SPD) berufen und war für Waffenstillstandsfragen verantwortlich. Er akzeptierte den Vertrag von Versailles. Später erwarb er sich als Finanzminister mit einer bis heute wegweisenden Steuer- und Finanzreform große Anerkennung. 1921 wurde Erzberger auf einem Spaziergang erschossen. pk |

# Der Weg war weit

**FRAUENWAHLRECHT** Der Kampf begann schon 1848. Erst die Weimarer Republik machte es im November 1918 möglich

Ich frage jeden aufrichtigen Menschen, wären Gesetze wie die über das Vermögensrecht der Frauen, über ihre Rechte an den Kindern, über Ehe, Scheidungen denkbar in einem Lande, wo die Frauen das Stimmrecht ausübten? – Für mich liegt der Anfang alles wahrhaften Fortschritts auf dem Gebiet der Frauenfrage im Stimmrecht der Frauen.“

Als Hedwig Dohm diese Sätze 1873 veröffentlichte, erntete sie Unverständnis und Kritik. 25 Jahre nach der gescheiterten 1848er Revolution herrschte in Deutschland ein repressives Klima in Sachen Frauenrechte. Die ehemaligen Revolutionärinnen waren durch Vereins- und Pressegesetze politisch mundtot gemacht worden. Sie hatten für Demokratie und Frauenrechte gekämpft und zum ersten Mal eine organisierte Frauenbewegung in Deutschland ins Leben gerufen, waren aber von ihren männlichen Mitrevolutionären fallengelassen worden: Die Männer der Frankfurter Nationalversammlung planten eine neue Verfassung, die nur Männern über 25 das Wahlrecht geben sollte. Trotzdem hatten ehemalige 1848erinnen einen Neuanfang gewagt und 1865 den Allgemeinen Deutschen Frauenverein (ADF) gegründet. Unter dem Damoklesschwert des Politikverbots formulierten sie die sogenannte Frauenfrage als Bildungsfrage. Gleiche staatsbürgerliche Rechte galten bestenfalls als utopisches Fernziel.

»Wahlrecht ist Menschenrecht. Und Menschenrechte haben kein Geschlecht.«

Hedwig Dohm, Frauenrechtlerin

Kein Wunder, dass die ADF-Frauen Dohms Wahlrechtsforderung als schädlich für die Sache der Frauen kritisierten. Eine Freidenkerin wie Dohm konnte dagegen mit den moderaten Reformforderungen nicht viel anfangen. Sie forderte für die Frauen die völlige ökonomische, soziale und juristische Gleichberechtigung. Das Wahlrecht war für Dohm Voraussetzung für jede weitere emanzipatorische Entwicklung und schlichtweg ein Menschenrecht, und: „Menschenrechte haben kein Geschlecht!“ Mitstreiterinnen fand sie dafür 1873 aber so gut wie keine.

Auch die junge Arbeiterbewegung bewies einen ausgeprägten proletarischen Antifeminismus: Frauenarbeit als Konkurrenz sollte verboten werden, und der Kampf um bürgerliche Rechte schloss das patriarchale Familienideal ein. August Bebel, Mitgründer der SPD, blieb eine Ausnahme. Er war überzeugt, dass es keine Befreiung der

Menschheit geben könne ohne die soziale Unabhängigkeit und politische Gleichberechtigung der Geschlechter. Seine SPD sollte die einzige der politischen Parteien in Deutschland bleiben, die für die Einführung des Frauenwahlrechts eintrat.

**Neuer Schwung** Der Kampf um Frauenrechte nahm ab 1880 an Fahrt auf. Ein liberaleres politisches Klima und wirtschaftspolitische Entwicklungen begünstigten mehr weibliche Teilhabe am Staat und am Arbeitsmarkt. Die Bürgerliche und die proletarische Frauenbewegung entwickelten jeweils eigene Emanzipationskonzepte. In Fortführung der ADF-Linie diskutierte die Lehrerin Helene Lange die Frauenfrage als Kulturfrage: Deren Ausbildung sei dringend zu reformieren, damit Frauen ihren positiven kulturellen Einfluss geltend machen können. Lange ging von einer Geschlechterdifferenz qua Natur aus und entwickelte die Idee von „geistiger“ oder „organisierter Mütterlichkeit“, die die Gesellschaft auf allen Ebenen verbessern sollte.

Das sah Clara Zetkin, charismatische Führungspersonlichkeit der proletarischen Frauenbewegung, erwartungsgemäß anders. Gleichberechtigte Erwerbsarbeit und Klassenkampf waren für Zetkin die Werkzeuge, um die kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden. Darüberhinaus entstanden zahlreiche Vereine unterschiedlichster Zielsetzungen, unter ihnen solche, die sich in Abgrenzung zur „gemäßigten“ Frauenbewegung als „radikal“ im Sinne von „an die Wurzel gehend“ verstanden. Ein Zentrum der Radikalen – und politische Heimat für Hedwig Dohm – war Minna Cauers 1888 gegründeter Verein Frauenwohl, der weitgefächerte Angebote machte: Bildung, Rechtsberatung, Professionalisierung weiblicher Sozialarbeit bis hin zu einer gewerkschaftsähnlichen Berufspolitik für Frauen.

Nun aber, als die Frauen vor den Toren der Parlamente, der Universitäten und weiterer männlicher Bollwerke standen, rüsteten sich die Gegner und gründeten ihrerseits explizit antifeministische Organisationen. Die bürgerliche Frauenbewegung antwortete den Antifeministen mit noch dichter Vernetzung – und mit Internationalisierung. Zunächst gründete sie 1894 einen Dachverband, den Bund deutscher Frauenvereine (BDF). Aber die Positionen zu Frauenwahlrecht, Prostitution, Eheericht und gesellschaftlicher Doppelmoral inner-



Berlin kurz vor dem Ersten Weltkrieg: Frauen demonstrieren dort 1912 für ihr Recht, wählen zu dürfen.

© picture-alliance/akg-images

halb des BDF waren zu unterschiedlich. Und so spalteten sich schon nach fünf Jahren die radikalen Vereine unter Minna Cauers und Anita Augspurg vom BDF ab und gründeten den alternativen Verband fortschrittlicher Frauenvereine.

**Politische Vereine sind möglich** Im jungen 20. Jahrhundert fiel das politische Vereinsverbot für Frauen, und sofort wurden zahlreiche Stimmrechtsvereine aller politischen Richtungen gegründet, die jedoch uneinig darüber waren, welches Wahlrecht zu fordern sei: das jeweils auch für Männer geltende (in Preußen also das ungleiche und indirekte Dreiklassenwahlrecht) oder das demokratische – allgemeine, gleiche, direkte und geheime – Wahlrecht.

Den ersten dieser Vereine gründete 1902 die Juristin Anita Augspurg zusammen mit ihrer Partnerin Lida Gustava Heymann in Hamburg, den Deutschen Verein für Frauenstimmrecht. Er entwickelte sich in kurzer Zeit zu einem Sprachrohr für das Frauenstimmrecht. Die Aktivistinnen vernetzten sich auch international, Anita Augspurg

wurde Vizepräsidentin des Weltbunds für Frauenstimmrecht (IWSA). Und auch der BDF war als Mitglied eines internationalen Dachverbands der Frauenbewegungen (ICW) aktiv und richtete 1904 die große internationale Weltfrauenkonferenz in Berlin mit 2.000 Teilnehmerinnen aus: Beiden Verbänden ging es um mehr Frauenrechte, doch während die radikalen Demokratinnen aus Augspurg und Heymann eine schlagkräftige Organisation zur Erlangung des Stimmrechts formten, setzten die großen Verbände BDF und ICW weite auf eine Politik der kleinen Schritte.

Auch Zetkins Frauenbewegung knüpfte ihre internationalen Beziehungen fester und initiierte schließlich den Internationalen Frauentag, der 1911 spektakulär zeitgleich in Deutschland, Dänemark, Österreich, der Schweiz, Bulgarien und den USA (dort eine Woche früher) zum ersten Mal lautstark begangen wurde – mit der Forderung des Wahlrechts. Der Kriegsausbruch 1914 veränderte die Situation jedoch grundlegend, der Erste Weltkrieg zerbombte fast vollständig die internationalen Beziehungen

der deutschen Frauenbewegungen. Deren große Mehrheit begriff den Krieg gar als Chance, sich endlich die volle Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen zu „verdienen“. Die allgemeine Kriegsbegeisterung riss die meisten Frauen mit und wischte bisherige Differenzen vom Tisch. Kriegsgegnerinnen wie Clara Zetkin oder Rosa Luxemburg wurden in der eigenen Partei angefeindet.

**Das Wahlrecht kommt** Nach rund zwei Jahren Krieg schlossen sich die Frauenstimmrechtsvereine unter dem Vorsitz der langjährigen BDF-Vorsitzenden Marie Stritt zum Deutschen Reichsverband für Frauenstimmrecht zusammen. Hatte man in der ersten Kriegspause noch zugunsten einer nationalen Identitätspolitik Frauenrechtsforderungen zurückgestellt, wurde nun gemeinsam das Wahlrecht gefordert, sogar vom BDF. Im Dezember 1917 reichten die Vereine eine gemeinsame „Erklärung zur Wahlrechtsfrage“ beim Reichsparlament und allen Länderparlamenten ein. Doch alle Forderungen blieben unerfüllt.

Ein halbes Jahr später war der Krieg zu Ende, die Revolution vielerorts ausgebrochen, und die sozialdemokratische Übergangsregierung, der „Rat der Volksbeauftragten“ mit Friedrich Ebert an der Spitze, verkündete am 12. November 1918 in einem Aufruf an das deutsche Volk das allgemeine aktive und passive Wahlrecht – auch für alle deutschen Frauen ab 21. Sie waren aufgerufen, am 19. Januar 1919 eine verfassungebene Nationalversammlung zu wählen, um Deutschland eine demokratisch legitimierte Regierung zu geben. 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen, unter ihnen die 87jährige Hedwig Dohm, gaben ihre Stimme ab, und rund 40 weibliche Abgeordnete zogen ins Parlament ein. Diese Frauenquote von knapp 10 Prozent wurde erst wieder im Deutschen Bundestag 1983 erreicht.

Nikola Müller

Die Autorin ist Historikerin und hat die erste kommentierte Gesamtausgabe der Werke Hedwig Dohms mit herausgegeben.

## Kein Spiegelbild der Gesellschaft

**FRAUEN IN PARLAMENTEN** Die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag ist so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr

Die Bundestagswahl 2017 stellte die Zäsur einer jahrzehntelangen Entwicklung dar: Die Anzahl weiblicher Abgeordneter stagnierte nicht nur, sondern ging sogar stark zurück. Wirft man einen genaueren Blick unter die Kuppel des Reichstages, zeigt sich, dass unter den 709 Abgeordneten gerade einmal 218 Frauen vertreten sind, das entspricht einem Anteil von 30,9 Prozent – So viele waren es zuletzt 1998.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass die Zahl weiblicher Abgeordneter zurückgeht, aber einen so starken Abfall hat es noch nie gegeben. In der vergangenen Legislaturperiode hatte der Anteil noch bei 36,5 Prozent gelegen – das bedeutet ein Minus von über fünf Prozentpunkten. Diese Entwicklung nannte die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Mona Küppers, „beschämend“, da das Parlament somit nicht widerspiegeln, dass die Gesellschaft im Land zur Hälfte aus Frauen bestehe.

Bei einem genaueren Blick in die einzelnen Fraktionen fallen die großen Unterschiede bei der Anzahl der Mandatsträgerinnen ins Auge: Während die CDU/CSU-Fraktion knapp ein Fünftel weibliche Abgeordnete stellt und die FDP-Fraktion 22,5 Prozent, findet sich nur bei der AfD ein noch geringerer Wert: Elf Prozent oder anders ausgedrückt: zehn Frauen. Deutlich mehr Frauen entsendet die SPD mit knapp 42 Prozent, während Frauen bei der Linken und der Grünen-Fraktion mit 54 und 58 Prozent die Mehrheit der im Bundestag vertretenen Parlamentarier bilden.

**Frau Ministerin** In den Geschichtsbüchern der Bundesrepublik finden sich insgesamt 33 Ministerinnen auf Bundesebene – vor allem in den „weichen“ Ressorts Familie, Gesundheit, Umwelt, Bildung oder Ernährung und Verbraucherschutz. Ausnahmen bilden Ursula von der Leyen (CDU), die

seit 2013 Verteidigungsministerin ist und Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP), die von 1991 bis 1994 das Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau innehatte. Die ehemalige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), die das Ministerium von 1998 bis 2009 führte, und die amtierende Justizministerin Katarina Barley (SPD) bilden weitere Ausnahmen von diesen Ressorts. Das Kabinett Merkel IV, dem Barley angehört, ist mit sieben von 16 Posten das Kabinett mit den meisten Frauen in der Geschichte der Bundesrepublik. Für eine paritätische Besetzung der Posten reichte es allerdings noch nicht.

Geht es um die Vorbildfunktion, darf eine nicht fehlen: Rita Süssmuth (CDU). Sie war zwar weder die erste weibliche Bundes-

familienministerin (das war Aenne Brauk-siepe, CDU) noch die erste Bundestagspräsidentin (das war Annemarie Renger, SPD), doch Süssmuth ist in beiden Ämtern in Erinnerung geblieben. Bereits Mitte der 1980er Jahre ermutigte sie Frauen, sich mehr in das berufliche und öffentliche Leben einzubringen. Zehn Jahre, von 1988 bis 1998, amtierte sie als Bundestagspräsidentin. In der Historie des Bundestages ist das die drittlängste Amtszeit. Nur Eugen Gerstenmaier und Norbert Lammert (beide CDU) hatten das Amt länger inne.

**Noch keine Bundespräsidentin** Ein Blick in die Kandidatenliste für das Amt des Bundespräsidenten zeigt, dass es zwar bereits acht Frauen gab, die sich um das höchste Amt im Staat beworben haben, aber keine, die erfolgreich gewählt wurde. Besonders knapp war die Entscheidung im Jahr 2004. Da unterlag Gesine Schwan (SPD) dem CDU-Kandidaten Horst Köhler mit nur 15 Stimmen Unterschied. Bei dem wiederholten Duell im Jahr 2009 entfielen auf Köhler 613 Stimmen, während Schwan nur 503 erhielt. Ein respektables Ergebnis konnte fünf Jahre zuvor auch Dagmar Schipanski erzielen, die dem späteren Bundespräsidenten Johannes Rau (SPD) mit 572 Stimmen zu 690 Stimmen unterlag.

**In den Ländern** Auch in den Landtagen und den Parlamenten der Stadtstaaten setzte ab Mitte der 1980er Jahre eine Trendwende ein und der Anteil der Frauen überstieg erstmals die Zehn-Prozent-Marke. Rund um die Wiedervereinigung stieg er weiter an auf 20 Prozent. Ab 2004 pendelte sich der Wert um die 30 Prozent ein – jedoch nicht in allen Bundesländern. Infolge unterschiedlicher politisch-parlamentarischer Traditionen gibt es vor allem in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Nachholbedarf.

Aber auch in Ländern, in denen die AfD überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, zeigt sich diese Schiefelage besonders: In Sachsen-Anhalt ist von 22 gewählten AfD-Abgeordneten nur eine weiblich, die AfD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern ist ausnahmslos männlich.

Als erste Frau in der Geschichte war Heide Simonis (SPD) mit der Führung eines Landes betraut: Als Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein führte sie zwischen 1993 und 2004 die Geschäfte des Landes. In Thüringen erlangte 2009 Christine Lieberknecht (CDU) den Posten der Ministerpräsidentin, bevor Hannelore Kraft (SPD) als dritte weibliche Ministerpräsidentin von 2010 bis 2017 die Geschicke Nordrhein-Westfalens lenkte. Auch im Saarland und in Rheinland-Pfalz folgten mit Annetta Kramp-Karrenbauer (CDU) und Malu Dreyer (SPD) erstmals Frauen in das Ministerpräsidentenamt dieser Länder. Im Juli 2017 schrieb Manuela Schwesig als derzeit jüngste Ministerpräsidentin Deutschlands und erste Frau an der Spitze Mecklenburg-Vorpommerns Geschichte.

**Vorbildcharakter** Auf europäischer Ebene stellt das Europäische Parlament (EP) einen Lichtblick dar: Mit einem Anteil von 36,1 Prozent weiblicher Abgeordneter liegt der Frauenanteil deutlich höher als im weltweiten Durchschnitt. Finnland, Irland und Kroatien entsenden mehr weibliche als männliche Abgeordnete und Malta, Letland und Schweden stellen exakt gleich viele Abgeordnete beider Geschlechter. Mit Ausnahme von Belgien, Bulgarien, Zypern,

Dänemark, Litauen, Polen und Portugal ist der Frauenanteil der ins EP entsendeten Abgeordneten größer als der in den nationalen Parlamenten. Ein Grund dafür sind oftmals gesetzliche Quotenregelungen für die Aufstellung der Wahllisten der Parteien. Auch die Zahl der Frauen in Entschei-

gungspositionen habe sich positiv entwickelt, so ein EP-Bericht: Im Vergleich zur vorhergehenden Wahlperiode sei die Anzahl der weiblichen Vizepräsidenten von drei auf fünf von insgesamt 14 gestiegen. Auch werden die Hälfte der 24 Ausschüsse von Frauen geleitet.

Lisa Brübler

### STICHWORT

#### Internationaler Vergleich

**>Interparlamentarische Union** Die IPU wertet regelmäßig in 193 Staaten aus, wie viele Sitze in nationalen Parlamenten an Frauen vergeben werden.

**>Überraschend** Nicht etwa Schweden oder Island, ausgerechnet das ostafrikanische Ruanda führt das Ranking mit 61,3 Prozent Frauen im Parlament an. Nach dem Genozid im Jahr 1994 sank der Männeranteil in der Bevölkerung stark. Die Frauenbewegung im Land setzte sich daraufhin für eine 30-Prozent-Frauenquote ein.

**>Mittelfeld** Deutschland findet man erst auf Platz 23. Mit Bolivien auf Platz zwei (53,1 Prozent), Kuba auf Platz drei (48,9 Prozent) sowie Nicaragua auf Platz fünf (45,7 Prozent) haben Frauen vor allem in Mittel- und Südamerika politisch „viel zu sagen“.



© picture-alliance/dpa

## Clara Zetkin

Im August 1932 eröffnete zum ersten Mal eine Frau den neugewählten Reichstag. Clara Zetkin gehörte diesem bereits seit 1920 als Abgeordnete der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. In dieser Rede rief sie den Reichstag nicht nur dazu auf, das Präsidialkabinett der Regierung Papen zu stürzen. Sie forderte außerdem den Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte gegen den heraufziehenden Nationalsozialismus.

Clara Zetkin kämpfte ihr Leben lang nicht nur für die Überwindung des Kapitalismus, sondern auch für die Emanzipation der Frauen. Als Führungsfrau der proletarischen Frauenbewegung initiierte sie den ersten Internationalen Frauentag, der seit 1911 begangen wird und kämpfte schon früh für das Frauenwahlrecht (siehe Text oben).

1857 in Sachsen geboren, besuchte sie ab 1874 das von der Frauenrechtlerin Auguste Schmidt geleitete Lehrerinnenseminar in Leipzig, hörte im Arbeiterbildungsverein Vorträge von August Bebel und begeisterte sich für die Ideen der Sozialdemokratie. 1878 trat sie in die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), später SPD, ein und initiierte, auch auf internationaler Ebene, verschiedene sozialistische Frauenkongresse. 1915 wurde sie im Zusammenhang mit einer Anti-Kriegs-Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. In dieser Rede rief sie den Reichstag nicht nur dazu auf, das Präsidialkabinett der Regierung Papen zu stürzen. Sie forderte außerdem den Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte gegen den heraufziehenden Nationalsozialismus.

che

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





leicht  
erklärt!

# Das Jahr 1918

In Deutschland endet die Monarchie



In diesem Jahr gibt es ein wichtiges Jubiläum.

Vor genau 100 Jahren endete die Monarchie in Deutschland. Und danach entstand die erste Demokratie für ganz Deutschland.

Im folgenden Text steht genauer, was das bedeutet.



## Was ist eine Monarchie?

Es gibt Länder, in denen eine einzelne Person über das ganze Land herrscht. Zum Beispiel ein König oder ein Kaiser.

Das nennt man dann: eine Monarchie. Und den Herrscher nennt man: Monarch.

Eine Monarchie ist also eine bestimmte Art, wie ein Staat geleitet wird.

In einer Monarchie wird die Herrschaft oft vererbt.

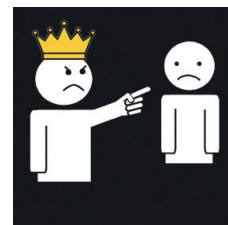
Das bedeutet:  
Wenn ein Herrscher stirbt, wird eines von seinen Kindern der neue Herrscher.



Monarchen herrschen manchmal ihr ganzes Leben lang über ein Land.

Und sie dürfen oft sehr viel bestimmen. In früheren Zeiten durften sie sogar meist alles bestimmen.

Die Monarchen befahlen. Die Menschen in dem Land mussten gehorchen.



## Monarchie in Deutschland

Auch in Deutschland herrschten viele Jahrhunderte lang Könige und Kaiser.

Deutschland war also eine Monarchie.

Mit der Zeit wurden viele Menschen damit immer unzufriedener.

Sie fingen an, sich zu beschweren. Sie wollten in ihrem Land mitbestimmen.

Und sie wollten selbst bestimmen, wer das Land leiten soll.

Zum Beispiel, indem sie Politiker wählen.

Wenn die Bürger in einem Land durch Wahlen mitbestimmen, nennt man das: Demokratie.



## Das Deutsche Kaiser-Reich

In den Jahren von 1871 bis 1918 gab es in Deutschland eine besondere Monarchie.

Man nennt sie:  
Das Deutsche Kaiser-Reich.

Das Deutsche Kaiser-Reich bestand aus verschiedenen kleineren Ländern.

So ähnlich wie Deutschland heute aus verschiedenen Bundes-Ländern besteht.



In fast allen Ländern herrschte ein Monarch.  
Und über ganz Deutschland herrschte der Deutsche Kaiser.

Im Deutschen Kaiser-Reich gab es aber auch schon ein wenig Demokratie.



Die Menschen durften nämlich Politiker wählen, die sie vertraten.

Diese Politiker arbeiteten in einer Versammlung zusammen.  
Diese Versammlung hieß: Reichs-Tag.

## Der Erste Welt-Krieg

In Europa gab es neben dem Deutschen Kaiser-Reich noch andere große Länder.

Zum Beispiel Frankreich, Groß-Britannien, Österreich-Ungarn und Russland.

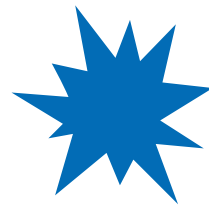
Zwischen diesen Ländern gab es immer wieder Streitereien.

Die Länder wollten immer mehr Einfluss in der Welt haben.  
Dabei standen sie sich gegenseitig im Weg.

Die Streitereien wurden immer schlimmer.  
Schließlich entstand daraus der Erste Welt-Krieg.

Das war ein großer Krieg.  
Er fand von 1914 bis 1918 statt.

Länder auf der ganzen Welt waren daran beteiligt.  
Und viele Millionen Menschen wurden getötet.



Im Krieg kämpften 2 große Gruppen gegeneinander.

In der einen Gruppe waren zum Beispiel:

- das Deutsche Kaiser-Reich
- Österreich-Ungarn
- ein Land mit dem Namen Osmanisches Reich  
Dieses Land gibt es heute nicht mehr.

In der anderen waren zum Beispiel:

- Frankreich
- Groß-Britannien
- Russland
- die USA

## Ende vom Ersten Welt-Krieg

Im Jahr 1918 war Deutschland kurz davor, den Krieg zu verlieren.

Darum bat es seine Gegner darum, das Kämpfen zu beenden.  
Und es bat darum, über einen Frieden zu sprechen.

Die Gegner von Deutschland hatten aber eine Forderung:

In Deutschland sollte es mehr Demokratie geben.  
Erst dann wollten sie über einen Frieden sprechen.



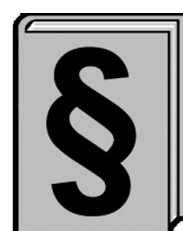
Die Herrscher versuchten, die Forderungen zu erfüllen.

Sie änderten die Gesetze so, dass in Deutschland mehr Demokratie möglich wurde.

Das war im Oktober 1918.

Aber diese Änderungen kamen zu spät.

Und zwar aus folgendem Grund:



## Widerstand gegen Befehle

Deutschland und seine Partner hatten den Krieg so gut wie verloren.

Da trafen die Chefs von der deutschen Kriegs-Flotte eine wichtige Entscheidung.

Die Kriegs-Flotte sind die Schiffe, die in einem Krieg kämpfen.

Die Chefs sagten: Die deutsche Kriegs-Flotte soll noch einmal kämpfen. Und zwar gegen die Kriegs-Flotte von Groß-Britannien.



Doch: Die See-Männer auf den Schiffen weigerten sich. Sie befolgten die Befehle von ihren Vorgesetzten nicht.

Sie wollten nicht in einem Krieg kämpfen, der sowieso schon verloren war. Sie wollten lieber, dass es schnell Frieden gibt.

## Demos im ganzen Kaiser-Reich

Erst passiert das nur auf den Kriegs-Schiffen. Aber schnell machten immer mehr Menschen mit.

Nicht nur See-Männer. Sondern vor allem auch Arbeiter.

Denn sie hatten genug.

Schon vor dem Krieg wollten viele Menschen die Monarchie abschaffen.

Durch den Krieg wurden es immer mehr.

Sie hatten kein Vertrauen mehr in die Herrscher.

Sie wollten Frieden.

Darum zogen sie durch die Straßen von vielen deutschen Städten.

Sie übernahmen wichtige Gebäude. Sie nahmen den Herrschern die Macht.

Und sie sagten: Man soll die Monarchie abschaffen.



Die Herrscher konnten sich schon bald nicht mehr dagegen wehren.

Im November 1918 zogen sie sich alle zurück.

Sie gaben die Leitung über ihr Land an die von den Bürgern gewählten Politiker ab.

Manche taten das freiwillig. Andere wurden vertrieben.

Besonders wichtig war der 9. November 1918.

An diesem Tag wurde der deutsche Kaiser aus seinem Amt entlassen. Sein Name war Wilhelm der Zweite.

Man sagt darum: Am 9. November 1918 endete die Monarchie in Deutschland.



## Die erste Demokratie in Deutschland

Es gab nun keine Monarchie mehr, also brauchte man eine neue Staats-Form.

Man musste das Land ganz neu regeln.

Dafür waren vor allem die gewählten Politiker zuständig.

Es war klar: Der neue Staat soll eine Demokratie werden.

Die Politiker besprachen sich einige Monate lang. Sie überlegten, welche Regeln genau für die Demokratie gelten sollen. Dabei stritten sie viel.

Im August 1919 waren die Regeln dann fertig.

Man hatte sie in einem Gesetzes-Text aufgeschrieben.

So einen Text nennt man Verfassung. In einer Verfassung stehen die wichtigsten Regeln für ein Land.





Nun gab es also die erste richtige Demokratie in Deutschland.

Und weil die Verfassung in der Stadt Weimar erarbeitet wurde, nennt man diese Demokratie: die Weimarer Republik.

Die Weimarer Republik gibt es heute nicht mehr.

Ab dem Jahr 1933 haben sich die National-Sozialisten nicht mehr an die Verfassung gehalten.

Mehr über die National-Sozialisten steht in einer früheren Ausgabe von „leicht erklärt“. Und zwar in der Ausgabe Nummer 57. Sie lag in „Das Parlament, Nummer 5-7/2017“ bei.

Durch die National-Sozialisten gab es in Deutschland keine Demokratie mehr.



Erst im Jahr 1949 wurde wieder eine neue Demokratie gegründet. Die Bundes-Republik Deutschland. Also der Staat, in dem wir noch heute leben.

Zwischen der Weimarer Republik und der Bundes-Republik Deutschland gibt es viele Ähnlichkeiten.

Viele Ideen aus der Weimarer Republik wurden auch in der Bundes-Republik wieder umgesetzt.

Hier 2 Beispiele:



In der Weimarer Republik gab es den Reichs-Tag. Er wurde von den Bürgern gewählt. Die Politiker dort arbeiteten zum Beispiel an Gesetzen mit.

Der Reich-Tag hatte also ähnliche Aufgaben wie heutzutage der Bundes-Tag.

In der Weimarer Republik gab es eine Verfassung.

Unsere heutige Verfassung ist das Grund-Gesetz.

Und viele Dinge, die schon in der Weimarer Verfassung standen, stehen auch in unserem Grund-Gesetz.

Zum Beispiel Regelungen über Religions-Gruppen in Deutschland.



Was im Jahr 1918 geschah, hat Deutschland völlig verändert.

In diesem Jahr wurde Deutschland von einer Monarchie zur Demokratie.

Die Folgen davon merken wir bis heute.



Darum hat das Jahr 1918 für Deutschland eine große Bedeutung.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Stefan Sauer/dpa-Zentralbild/ZB. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 30-31/2018  
Die nächste Ausgabe erscheint am 6. August 2018.